

Wöchentlich 6 Blätter monatlich
3.- Reichsmark im voraus zahlbar.
Unter Streifen im Dr- und Aus-
land 5.30 Reichsmark per Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration
des Monatshefts „Zeit und Zeit-
raum“ den Beilagen „Unterhaltung
und Witz“, „Aus der Welt“,
„Stadtbilder“, „Frauenstimme“,
„Der Kinderfreund“, „Sagen- und
Märchen“, „Bild in der Natur“,
„Kulturarbeit“ und „Arbeit“
erschint wöchentlich zweimal
Samstags und Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
27. Januar 1928

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des Vermögens in den Händen
von wenigen Personen ist ein
bedauerliches Merkmal der
Kapitalgesellschaften. Die
Reichsbank hat in der letzten
Jahresversammlung die
Notwendigkeit der Einführung
von Beschränkungen für
die Kapitalgesellschaften
anerkannt und erklärt, daß
es sich mit diesen Motiven
des Reichsbankpräsidenten
nicht identifiziert. Es hat die
Notwendigkeit der Aufnahme
langfristiger Auslandsanleihen
anerkannt und erklärt, daß
es sich mit diesen Motiven
des Reichsbankpräsidenten
nicht identifiziert.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verleger: Tönnhoff 202-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37598 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Walfisch 65 Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Der Skandal um Dr. Luther.

Bergebliche Vernebelungsversuche. — Die Bezüge des Dr. Luther.

Die Presse der Rechten sucht den Skandal Luther weiter totzuschweigen — mit Ausnahme der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die pflichtgemäß den Versuch gemacht hat, den Skandal zu vernebeln.

Zur Entloftung des Herrn Dr. Luther hat die „D.N.Z.“ in ihrer Nr. 40 behauptet, der Feldzug gegen Luther werde von der Linken „nicht ohne Spekulation auf die Volkseidenschaft des Reiches“ so dargestellt, „als ob die Lösung des Streitfalles nur oder hauptsächlich daran scheiterte, daß Reichskanzler a. D. Luther nicht auf die Einnahmen aus seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat verzichten wolle“. Sie fährt dann fort: „Sie verschweigt aber dabei, daß diese Bezüge Herrn Dr. Luther auf seine Reichskanzlerpension angerechnet werden!“

Diese Bemerkung scheint nicht ohne Spekulation auf die Unkenntnis des Publikums mit dem geltenden Pensionsrecht entstanden zu sein. Sie sucht die Dinge so darzustellen, als ob Herr Luther aus reinster Selbstlosigkeit auf seinem Posten bei der Reichsbahn beharre, ohne einen materiellen Vorteil davon zu haben. Diese Bemerkung läßt die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse hinweg.

Herr Dr. Luther bezog vor seiner Ernennung zum Verwaltungsratsmitglied der Reichsbahn als Reichskanzler a. D. eine Pension von jährlich 23 115 Reichsmark. Von der Reichsbahn bezieht er jährlich 24 000 Reichsmark, zusammen also 47 115 M. Da aber die Einnahme aus der Reichsbahn ein Bezug aus öffentlichen Mitteln ist, so darf sie nach § 57 des Reichsbeamtengesetzes zusammen mit der Pension das Dienstverdienst nicht übersteigen, das dem Reichskanzler am Tage seines Ausscheidens zustand. Dieses Dienstverdienst Dr. Luthers betrug am 13. Mai 1926, dem Tag seines Sturzes über den schwarzweißen Flaggentempel, 36 750 M.

Dr. Luther bezieht jetzt nicht mehr 23 115 Reichsmark Pension, sondern nur noch 12 750 M., dazu aber ungekürzt die Bezüge als Verwaltungsrat der Reichsbahn, zusammen 36 750 Mark.

Die Stellung des Herrn Dr. Luther im Verwaltungsrat der Reichsbahn garantiert ihm also bis zum Jahre 1931 das volle Gehalt, das er bei seinem Ausscheiden als Reichskanzler bezogen hat.

Er bezieht also jetzt 13 635 Mark mehr als vor seiner Berufung in den Verwaltungsrat der Reichsbahn. Die Darstellung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat die Bezüge Dr. Luthers als Verwaltungsrat der Reichsbahn vollständig verschwinden lassen. Die Öffentlichkeit erkennt jetzt, wie die Dinge finanziell liegen: Herr Dr. Luther ist auf sechs Jahre sein Gehalt garantiert worden — auf Kosten des Reiches Preußens.

Dem Verdienst die Medaille!

Der am Donnerstag in Breslau abgehaltene 9. Schlesiener Landtag hatte sich als Hauptreferenten den ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther erkoren. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ihm unter dem Hinweis darauf, daß während seiner Regierungszeit wenigstens einmal eine Art Diktatur geherrscht hat,

die Verdienstmedaille des Schlesiener Landtages überreicht.

Dann legte Luther los. Er zitierte trotz seines 700-Millionen-Geschenks an die Industrie nicht nur gegen die mangelnde Sparsamkeit der Behörden, sondern auch gegen die soziale Fürsorge. Anschließend eiferte ihm der Vorsitzende des Schlesiener Landtages, Freiherr v. Richthofen, nach. Er wünschte, daß keine neuen Schutzpatrone entstehen, und forderte ebenfalls, daß die Ueberfülle von Verpflichtungen aus der Sozialgesetzgebung endlich aufhöre. Von der Arbeitslosenunterstützung sprach er als von einer perversten Plage, die nur geeignet sei, den Arbeitswillen weiter zu schwächen. Außer der Sozialdemokratie wurde auch der Kleinbauernbund in der übelsten Weise beschimpft.

Die Tagung endete mit einer Entschiedenheit gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit „den untervalutarischen und sozial rückständigen Polen“. Die Entschiedenheit richtete sich offensichtlich gegen die Außenpolitik Stresemanns.

Sabotage!

Wer führt in der deutschen Wirtschaftspolitik?

Im September vorigen Jahres stellte die Beratungsstelle für Auslandsanleihen die Genehmigung zur Aufnahme neuer Auslandsanleihen der öffentlichen Hand, im besonderen der Kommunen, auf Betreiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein. Daß die Frage der Anleihepolitik gegenwärtig in Deutschland zu den entscheidenden Aufgaben der Wirtschaftspolitik gehört, daß auf die Dauer die Drosselung des Kapitalzuflusses aus dem Auslande zur Erschütterung der Konjunktur und zu neuer Massenarbeitslosigkeit führen muß, unterliegt keinem Zweifel. Das Reichskabinett hat entsprechend der Bedeutung dieser Frage sich bald nach Ausbruch des Konflikts in gemeinsamer Aussprache mit dem Reichsbankpräsidenten mit dieser Kernfrage deutscher Wirtschaftspolitik beschäftigt. Das Ergebnis der Beratung vom 7. Oktober war eine Veröffentlichung, an deren Spitze der Satz stand:

„Bei dieser Aussprache wurde eine völlige Einmütigkeit darüber erzielt, daß für Deutschland auch in der nächsten Zukunft die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen nicht entbehrt werden könne und wirtschaftlich und finanzpolitisch durchaus berechtigt sei.“

Zur Verhütung der Anleiheaufnahme für nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgaben wurde eine Ausgestaltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen angekündigt. Ende Oktober wurden die neuen Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindegremien festgestellt und von den Beteiligten angenommen. Die Beratungsstelle nahm trotzdem ihre Arbeiten nicht wieder auf. Der Reichsbankpräsident hielt seine berühmte Heerde gegen den Kommunalkredit. Über anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über die Wirtschaftspolitik erklärte der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am 1. Dezember im Reichstag, daß die Notwendigkeit der Aufnahme von Auslandsanleihen feststehe, und daß das Reichskabinett unverändert auf dem Standpunkt der oben erwähnten Erklärung vom 7. Oktober stehe. Der Reichswirtschaftsminister erklärte weiter, daß die Beratungsstelle die Konsolidierung des kurzfristigen Kommunalkredits mit dem Ziel der Aufstellung eines Anleihebedarfsplanes der Kommunen in Angriff genommen habe, und daß auch der Reichsbankpräsident helfen wolle, eine auszeichnende Auslandsanleihe für die Kommunen herbeizuholen.

Inzwischen beschäftigte sich die Beratungsstelle mit der Statistik der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Städte.

Endlich, am 18. Januar, trat die Beratungsstelle wieder einmal zu einer Sitzung zusammen. Die Statistik hatte ergeben, daß die Gesamtsumme der kurzfristigen zu konsolidierenden Verschuldung rund 700 Millionen Mark betrage, eine Summe, die allerdings nur knapp die Hälfte der früher vom Reichsbankpräsidenten ausgesprochenen Schätzung ausmache. Da inzwischen sich die Stimmung in Amerika gebessert hat, da die Kurse der deutschen Anleihen in New York wieder gestiegen sind, und da die jüngste Emission der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in New York gute Aufnahme gefunden hat, kann von einem allgemeinen Fehlen der Aufnahmewilligkeit der ausländischen Märkte für deutsche Kommunalanleihen nicht mehr die Rede sein. Man durfte hoffen, daß nun endlich die Beratungsstelle aus einem statistischen Bureau sich wieder zurückverwandeln würde in eine Stelle zur Beratung und nicht zur Hemmung der deutschen Gemeinden. Aber es kam anders: Von dem Eintritt in die Beratung schwebender Anträge derjenigen Großstädte, deren Sonderkredit die Einbeziehung in eine allgemeine Sammelanleihe von vornherein unzweckmäßig erscheinen ließ, wurde abgesehen. Es verlautet, daß der Vertreter der Reichsbank in der Beratungsstelle Einwendungen gegen die Statistik erhob, und daß er eine Einbeziehung lausender Kassenvorschüsse, wie sie bei den Finanzverwaltungen der Gemeinden stets üblich und unvermeidlich sind, und die mit dem Konsolidierungsbedarf gar nichts zu tun haben, forderte. Der Reichsbankpräsident hat dadurch sein Ziel wieder einmal erreicht. Die Beratungsstelle bleibt weiter mit Statistik beschäftigt, die Aufnahme von kommunalen Anleihen im Ausland wird weiter sabotiert.

Es ist bekannt, daß dieser Sabotagepolitik gegen Auslandsanleihen beim Reichsbankpräsidenten ganz bestimmte Ideengänge zugrunde liegen, die einerseits auf Feindschaft gegen die öffentliche Wirtschaft und andererseits auf reparationspolitischen Illusionen beruhen. Das Reichskabinett hat durch seine Erklärung vom 7. Oktober und durch die Rede des Reichswirtschaftsministers vom 1. Dezember kundgetan, daß es sich mit diesen Motiven des Reichsbankpräsidenten nicht identifiziert. Es hat die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen anerkannt und erklärt, daß es den Drosselungsversuchen gegenüber öffentlichen Unternehmungen fernstehe. Was aber bedeuten diese schönen Worte, wenn in der Praxis der Reichsfinanzminister, dem die Beratungsstelle untersteht, und der Reichswirtschaftsminister,

Neuer Kurs in Danzig.

Das Regierungsprogramm der Linkskoalition.

Danzig, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Im Namen der aus Sozialdemokraten, Deutschliberalen und Zentrum neugebildeten Regierung gab Senatspräsident Schalm eine Regierungserklärung ab. Als oberster Grundsatz wird die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bezeichnet. Die Regierung sieht ferner als ihre vornehmste Aufgabe an, einen Fortschritt in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der freien Stadt Danzig und Polen herbeizuführen, damit den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Staaten genügt werden kann. Sie appelliert dabei an den Verständigungswillen Polens, der kürzlich durch Erklärungen des polnischen Außenministers unzweideutig zum Ausdruck gekommen sei, und stellt sich loyal auf den Boden der in Versailles geschaffenen Verhältnisse.

Darüber hinaus soll die Erhaltung und der Ausbau der zwischen dem Deutschen Reich und der freien Stadt Danzig bestehenden kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen für den Senat eine selbstverständliche Pflicht sein. Vor allem legt die Regierung auch Wert auf Teilnahme an den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, um ihre Interessen wahrnehmen zu können. Sie will ferner darauf bedacht sein, die alten Handelsbeziehungen mit Rußland und den davorliegenden Oststaaten wieder herzustellen. Angesichts der unsicheren Wirtschaftslage und der bestehenden Arbeitslosigkeit soll die Danziger Wirtschaft geschützt und gefördert und insbesondere die Konkurrenzfähigkeit Danzigs als Handelsplatz erhalten und gestärkt werden. Dabei wird der Ausbau des Danziger Hafens an erster Stelle stehen.

Innenpolitisch beabsichtigt der Senat, dem Volkstag baldige Begehrensurteile zur Durchführung der Verfassungsänderungen vorzulegen. Mit großer Sorgfalt soll an die Ordnung der Staatsfinanzen gegangen werden. Der bereits beschlossene Abbau von 800 Staatsbediensteten wird bis zum Ablauf des Jahres erfolgen, ferner ist eine Reform der Verwaltung vorgesehen. Die noch bestehende Einwohnernote wird schleunigst abgebaut.

Auf sozialem Gebiet vertritt die Regierung eine Ausgestaltung des Arbeitsschutzes im Anfluß an die Reichsregierung. Die letzte Fürsorge wird nach Möglichkeit ausgebaut. Einer Neuordnung bedarf die Beschäftigung der polnischen Saisonarbeiter. In

der Schulpolitik wird der Senat die in der Verfassung festgelegten Sicherheiten streng einhalten und darauf bedacht sein, daß die Arbeit der Schule im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung erfolge. — Die Besprechung der Regierungserklärung folgt Mitte nächster Woche.

Der Ausbruch des Krakatau.

Eine neue Insel.

Amsterdam, 26. Januar.

Drahtmeldungen aus Batavia zufolge ist heute morgen an der Stelle der Sundastraße (Niederländisch-Indien), an der die unterseeischen Ausbrüche des Inselvulkans Krakatau erfolgen, eine neue Insel entstanden.



Klassenjustiz in Rußland.

Wie die Stalinjustiz arbeitet. — Der Skandal Fjodoroff.

Der Süßler „Volkswille“ berichtet an Hand der „Pravda“ über einen aufsehenerregenden Prozeß, der in Moskau geführt wurde.

„Der Direktor des Moskauer Fabrikens Elektro-Lampa („Rosel“), der ehemalige Romteur Fjodoroff, steht unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, des Mißbrauchs der ihm übertragenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Er hat sich besonders an seinen weiblichen Arbeiterinnen und Kontoristinnen vergangen.“

Nach der Anklageschrift und dem mündlichen Bericht des Staatsanwalts war F. nach dem Siege der Oktoberrevolution vom Jahre 1919 ab Direktor der Elektro-Lampa, bis er eine ihm 1927 durch den Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeiterin mit allen Mitteln zu einer geschlechtlichen Hingabe zwingen wollte. Die Arbeiterin stellte Strafantrag, und dabei stellten sich ganz seltsame stümperhafte und moralische Zerlegungsversuche in der Umgebung des F. heraus.

F. hatte die letzten Jahre hindurch mit allen Mitteln unzählige Frauen physisch zu vergewaltigen versucht und vergewaltigt, hatte den schlimmsten moralischen und wirtschaftlichen Druck zur Erreichung seines Zieles angewandt und seine ihm von der Gesellschaft übertragenen Machtverhältnisse nicht im Sinne der Vorwärtseentwicklung der proletarischen Gesellschaft, sondern zu ihrer unerhörten Diskreditierung gebraucht.

Bei der weiteren Verhandlung meldeten sich noch 36 Frauen, die jetzt noch in den ihm unterstellten Betrieben arbeiteten und die sämtlich durch F. zum Geschlechtsverkehr unter Androhung des Verlustes der Arbeitsstelle gezwungen worden waren.

Die Anklage stellte noch fest, daß F. alle Frauen ausgezeichnet kleidete, seine Frau durch eine glänzende Wohnungseinrichtung beschickte, einige uneheliche Kinder hatte, sich noch Frauen aus der Krim mitbrachte usw.

Was sagt nun der Urteiler? Politisch gar nichts! F. wird lediglich zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigem Verlust seiner bürgerlichen Rechte verurteilt.

Sonst wird keine der wichtigen, in den Vordergrund gerückten Fragen auch nur andeutungsweise behandelt und aufgerollt. Die wirtschaftlichen Gründe, die politischen Ursachen dieser Kollektivwirtschaft werden nicht geklärt. Die Frage wird lediglich mechanisch, im bürokratischen Sinne behandelt. Der Vorsitzende dieses Volksgerichts fühlt sich viel mehr als Klassengenosse des F., wie als Beauftragter seiner politischen Partei und der durch diese vertretenen proletarischen Klasse.

Er rollt nicht die Frage auf, warum die Arbeiterklasse Jahre um Jahre zu diesen Fragen schweigt, schweigen mußte, warum ihre Aktivität erlahmt war, warum Parteizelle und Betriebsrat sein Wort zu diesen ganzen Vorgängen sagten, obwohl sie ihnen bekannt waren, obwohl sie sich in voller Offenheit abspielten.“

Der „Volkswille“ knüpft an diesen Bericht folgende Frage:

„Heute fragen wir in dieser Angelegenheit die zentrale Kontrollkommission und das Zentralkomitee der russischen Partei:

Ist diesen Instanzen bekannt, daß auf Anordnung des Stalinisten Uchanoff, Vorsitzenden des Moskauer Sowjets und damit Bürgermeister von Moskau, ehemaligen Präsidenten des russischen Elektro-Trustes und Vorgesetzten des Fjodoroff,

dieser F. nach einem Tage Haft aus dem Gefängnis entlassen werden mußte?

Ein großes Schlaglicht, daß dieser Prozeß auf die Tragödie der russischen Arbeiter wirkt!

der der Führer der deutschen Wirtschaftspolitik sein sollte, mit verhängten Armen zusehen und den Reichsbankpräsidenten seine Politik der Sabotage fortsetzen lassen? Für die deutsche Wirtschaftspolitik ist die Reichsregierung verantwortlich, und sie kann sich nicht darauf berufen, daß die Fülle von inneren Kabinettschwierigkeiten den Ministern keine Zeit läßt, um sich mit einer brennenden Frage der Wirtschaftspolitik zu befassen.

Man hat gesagt, daß die Anleihen der Privatwirtschaft deshalb weniger der Kontrolle bedürften, als die Anleihen der öffentlichen Hand, weil die Privatwirtschaft ihre eigene Haut zum Markte trage, wenn sie sich verschulde. Wie es mit dieser eigenen Haut steht, dafür bilden die gegenwärtigen Verhandlungen über die Kreditfinanzierung der Landwirtschaft ein gutes Beispiel. Uns will scheinen, daß hier die falschen Kreditdispositionen der Privatwirtschaft mit Steuergeldern saniert werden sollen. Diese Sanierung des Großgrundbesitzes freilich erstreckt sich der Protektion des Reichsbankpräsidenten, auch wenn sie mit der Inanspruchnahme ausländischer Kredite verbunden wird. Mit Logik wird man diese Widersprüche nicht auflösen können, sondern nur mit der Erkenntnis der Interessen, die in der Regierung des Besitzbürgerblocks ihre Vertretung finden.

Wollt man die Gefahr des Stillstandes der Arbeiter der Kommunen und die Gefahr der Rückwirkung dieses Stillstandes auf den Beschäftigungsgrad der Gesamtwirtschaft drohend heraufziehen sehen, wenn der finanziellen Knebelung der Gemeinden nicht ein Ende bereitet wird, richten wir in zwölfster Stunde noch einmal die Frage an die verantwortlichen Minister, ob sie in der Führung deutscher Wirtschaftspolitik zugunsten von Herrn Dr. Schacht abgedankt haben, oder ob sie endlich dafür sorgen wollen, daß ihre eigene Erklärung vom 7. Oktober vom Papier in die Praxis übertragen wird, und daß mit der Sabotage der Arbeit der Beratungsstelle Schluss gemacht wird?

Reudell will Splitterparteien beseitigen Und zerföpert die Regierungskoalition.

Für gestern nachmittag war eine gemeinsame Besprechung der Fraktionsführer und Reichsgeschäftsführer aller Reichstagsparteien, mit Ausnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung und der kleineren Gruppen, die keine Fraktionsstärke haben, über die Frage der Splitterparteien anberaunt worden. Sie mußte wieder abgebrochen werden, da der unvermeidliche Herr v. Reudell, für den kein Feindnäpchen zu klein ist, um nicht dennoch hereinzutreten, Protest erhoben hatte. Ihm war eingefallen, daß sich die Regierungsparteien noch nicht geeinigt hätten und daß es gut sei, dies vorher zu bewerkstelligen. Er ließ also seinen berühmten Interfraktionellen Ausschuß antönen, den er schon in der Frage des Schulgesetzes so gut auseinanderdirigiert hat, und kann sich darum auch jetzt des Triumphes erfreuen, der zu erwarten war. Das Siegesbullenlein lautet:

Statt der ursprünglich vorgesehenen gemeinsamen Besprechung der Vertreter aller großer Reichstagsparteien fand am Donnerstag nachmittag im Reichstag eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien über die Frage der Splitterparteien statt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wurde in dieser Besprechung eine Beschlüßfassung nach nicht erzielt. Man war der Auffassung, daß die bisher gemachten Vorschläge nicht geeignet sind, das erstrebte Ziel zu erreichen. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Womit wieder einmal bewiesen ist, daß Herr v. Reudell der fähigste aller Innenminister und der Besitzbürgerblock die einigste aller Koalitionen ist.

Deutschnationaler Undank. Eine Stimme aus vergilbter Vorzeit.

In der „Kreuz-Zeitung“ riskiert Generalleutnant a. D. von Cremon einen Kaisergeburtstagsartikel. Es ist ein Risiko — der Ton zeigt es. Ein Plädoyer für den von der Geschichte Angeklagten, erstattet von einem müden Anwalt, der sich selbst als Knochenmark aus dem Mund kommt:

„Wenn wir uns ankliden, den 27. Januar, den Geburtstag unseres früheren Landesherren, des Kaisers Wilhelm, feierlich zu begehen, so mag dies in der heutigen, der kaiserlosen Zeit, vielen als Unfug, oder zum mindesten als eine alte, eigentlich nicht mehr zeitgemäße Gewohnheit, als ein überwundener Kult aus einer vergilbten Vorzeit erscheinen.“

Der Kern dieses „Feierartikels“ ist eine Anklage gegen die Deutschnationalen:

„Es ist ein tiefbedauerliches Zeichen niedrigster Gesinnung, daß alle diejenigen, die heute den Kaiser schmähend und seine Regierungzeit verdammen, dies nur zu tun wagen, weil sie Konjunkturpolitiker sind und unter einer Regierung sich alles erlauben zu können glauben, die dem Kaiser die Rückkehr ins deutsche Vaterland durch das Republik-Schuldgesetz zu sperren für richtig hielt. Undank ist der Welt Böhm.“

Damit meint er Hergt und Schiele, Reudell und Koch, die Minister der Regierung, die Republikshuldgesetz und Kaiserparagrafen verlängerte.

Das Königshaus hat ausgespielt.

Das Kammergericht und die konsolidierte Republik — Prinz Wilhelm seine Persönlichkeit der Zeitgeschichte.

Der vierte Straffenat des Kammergerichts beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. Klee mit der Privatklage des Prinzen Wilhelm gegen den Malik-Berlag. Als Revisionsinstanz hatte das Kammergericht das letzte entscheidende Wort darüber zu sprechen, ob Prinz Wilhelm als Persönlichkeit aus dem Bereiche der Zeitgeschichte zu betrachten sei oder nicht. Mit anderen Worten, ob der Malik-Berlag zu Recht gehandelt hatte, als er auf der Innenseite des Umschlages des Domeo-Buches zu Vergleichszwecken die Photographie des Prinzen gedruckt hatte.

Nach längerer Beratung verurteilte der vierte Straffenat folgenden Beschluß: Der Senat sei in der Prüfung der Frage, ob berechnete Interessen verletzt worden seien, überhaupt nicht eingetreten. Das sei überflüssig gewesen, da Prinz Wilhelm zweifelsohne keine Persönlichkeit der Zeitgeschichte darstelle. Als solche können nur Personen betrachtet werden, die in der Öffentlichkeit hervortreten. Die Republik ist überdies in einer Weise konsolidiert, daß ein Prinz in ihr eine besonders hervor-

Scheidemann über die Republik.

Arbeiterfront gegen Reaktion und Kapitalismus.

In der Reihe der republikanischen Abende, die der Kreisverein Wilmersdorf veranstaltet, sprach am Donnerstagabend im Restaurant Wilhelmstraße Reichstagsabgeordneter Genosse Scheidemann. Das Thema zu seinem Referat war durch die letzten politischen Ereignisse gegeben. Es lautete: „Der Kampf um die Republik.“ Die Versammlung war außerordentlich gut besucht; kurz vor Beginn der Versammlung mußte ein kleiner Nebenraum geöffnet werden, um den noch herbeiströmenden Besonntungsbesuchern Platz zu schaffen.

In einstündigen Ausführungen gab Genosse Scheidemann ein Bild von der Entstehung der demokratischen Staatsform in Deutschland. Am Anschluß an diese Ausführungen kam er auf tagespolitische Ereignisse zu sprechen. Er führte aus: Wir haben heute noch in Europa ein Reich von Monarchen, die nicht geändert werden, weil das Verfassungssystem dieser Länder trotzdem demokratisch ist. Das deutsche Staatsystem mußte geändert werden, weil wir an der Spitze einen Monarchen hatten, der neben sich keine anderen Götter dulden wollte. Wir haben den Kampf um die Republik neun Jahre geführt. Wir glauben, daß es in Deutschland nur noch wenige Fanatiker gibt, die eine Veränderung des Systems wollen.

Trotzdem legen wir die Hände nicht in den Schoß. Drei Beispiele genügen, um unser Arbeitsfeld aufzuzeigen. An der Spitze des Reiches steht ein kaiserlicher Generalfeldmarschall, in der Reichsregierung sitzen die alten Konservern, die die größte Schuld am Ausbruch des Krieges tragen.

stehende Rolle nicht mehr spielen könne; in der Republik mache die Geburt des Menschen nicht mehr zu einer zeitgeschichtlichen Persönlichkeit.

Also sprach der vierte Straffenat des Kammergerichts: das Königshaus hat in der Geschichte Preußens ein für allemal ausgespielt.

Arbeiterregierung in Norwegen.

Von der Unterstützung der Demokraten abhängig.

Oslo, 26. Januar.

Die neue von der Arbeiterpartei gebildete Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Premierminister: Hornsrud; Auswärtige Angelegenheiten: Bull; Landwirtschaftsminister: Rygaardsvold; Warenhausangestellter; Justiz: Holmboe, Rechtsanwält; Kultus und Unterricht: Steinnes, Schuldirektor; Essenzielle Arbeiten: Magnus Nilssen, Goldschmied; Soziale Angelegenheiten: Alfred Madson, Gewerkschaftssekretär; Handel: Alvestad, Bäckermeister; Landesverteidigung: Monsen, Lehrer. Das Kabinett wird morgen offiziell ernannt werden.

Hornsrud und Nilssen sind alte Kämpfer der Sozialdemokratischen Partei, Bull hat bis zur Vereinigung der linksradikalen „Arbeiterpartei“ angehört und wird deshalb von den Gegnern der neuen Regierung schon als Kommunist verfehrt. Da unsere Genossen auch nach ihrem großen Wahlsieg in der Minderheit geblieben sind, bleibt die neue Arbeiterregierung, der wir Gruß und Glückwunsch senden, von der Unterstützung der bürgerlichen Demokraten abhängig.

Der Aufstieg der Arbeiterpartei.

Neuer Stimmengewinn.

London, 26. Januar.

Bei der Unterhauswahl in Faversham (Kent) wurde der konservative Kandidat mit 12.997 Stimmen gewählt (1914 wurden 14.423 Stimmen für die Konservativen abgegeben). Der Arbeiterparteiliche Aman erhielt 11.313 (9180), der Liberale Freeman 5313 (7132), der Unabhängige Holwood 1090.

An der Spitze der republikanischen Reichswehr stand bisher ein Mann, der willenlos die Adelskreise regieren ließ.

Die auswärtige Politik wird gleichfalls von der Adelskaste gemacht. Ueber die Justiz braucht nicht besonders gesprochen zu werden. Die letzten alle Republikaner zur Seite. Auf den Zwischenruf eines Kommunisten antwortete Genosse Scheidemann unter großem Beifall der Versammlung:

Die deutsche Arbeiterklasse war vor dem Kriege politisch und gewerkschaftlich mauerhaft geschult. Während des Krieges riefte die Aufklärungsarbeit, so daß der Nachwuchs weniger geschult ist. Aus diesen politisch unreifen Menschen zieht die kommunistische Partei ihre Anhänger.

Wir erleben das Schauspiel anzusehen, daß immer der Stärkere den Schwächeren aufessen möchte. Da er das nicht kann, schiebt er sie nach Sibirien. Die deutsche Arbeiterklasse könnte politisch und wirtschaftlich größere Erfolge erzielen, wenn es nur eine Vertretung der Arbeiterklasse gäbe. In Deutschland wählen immer noch sechs Millionen deutschnational, obwohl es sozialdemokratische und sozialistische Parteien gibt. Die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratischen Partei wird dafür sorgen, daß alle Arbeiter sich einreihen in die große Front gegen den Kapitalismus, für Republik und Aufbau des sozialistischen Staates.

Minutenlanges Beifall dankte dem Genossen Scheidemann für seine Ausführungen.

Um die Lugener Resolution.

Die französische Partei warnt vor unrichtigen Zeitungs-meldungen.

Paris, 26. Januar (Eigener Bericht.)

Der „Populaire“, das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs, veröffentlicht am Freitag früh nachstehende parteilofige Erklärung:

„Die französische sozialistische Partei warnt die öffentliche Meinung Frankreichs und Deutschlands vor tendenziösen und falschen Meldungen, die in der Presse veröffentlicht werden. Wichtig ist lediglich, daß gegenwärtig, wie auch schon bisher die beiden Parteiorganisationen im engsten Kontakt stehen und sich brüderlich bemühen, die Richtlinien für eine gemeinsame Aktion hinsichtlich der Rheinlandfrage sowie der anderen gemeinsamen deutsch-französischen Probleme festzusetzen.“

Diese Erklärung bezieht sich vor allem auf eine Meldung über einen Protestbrief der deutschen Sozialdemokratie an den französischen Parteivorstand, die im „Petit Parisien“ vom Donnerstag erschienen ist und die verschiedene Unrichtigkeiten enthält.

Da diese Meldung des „Petit Parisien“ in einem Pariser Telegramm des „Berliner Tageblattes“ wiedergegeben wird, ist lediglich festgestellt, daß der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie in Ergänzung zu der im „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1927 erschienenen Erklärung über die Lugener Resolution in einem freundschaftlichen Brief an die französische Parteileitung seinen Standpunkt nochmals dargelegt hat.

Wir dürfen hier gleich nach eine andere Sache betreffen. Anfang Januar gab wir eine Meldung der Tel.-Union aus London wieder, in der von der „unwürdigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie“ die Rede war. Gegen diese vermeintliche Meinungsäußerung der TU hat der „Vorwärts“ scharf polemisiert. Inzwischen haben wir uns überzeugt, daß die Wendung nur eine Wiedergabe aus dem „Manchester Guardian“ war. Damit entfallen unsere damaligen Bemerkungen.

Der Einbruch in das Sekretariat der deutschnationalen Landtagsfraktion geht nach den Mitteilungen der Kriminalpolizei seiner Auffassung entgegen. Soweit bisher feststeht, handelt es sich jedoch, entgegen der Auffassung der deutschnationalen Landtagsfraktion, nicht um einen Einbruch aus politischen Motiven, sondern um einen gewöhnlichen Gelegenheitsdiebstahl.

Der Verbraucher wird bestraft.

Verdoppelung der Belastung des Gefrierfleisches.

Die Presse aller Richtungen war in den letzten Tagen angefüllt mit den Berichten des Enqueteunterausschusses über die Mißstände auf dem Gebiet der Gefrierfleischversorgung.

Statt aber diesen Vorschlägen ohne weiteres beizutreten und dem Enqueteausschuß dankbar zu sein für seine grundlegende Arbeit und seine allerdings für den privaten Handel recht unangenehmen Enthüllungen, kommen die Rechtsparteien zu dem Schluß, daß die Verbraucher bestraft werden müssen für die Verfehlungen großer Handelsfirmen.

Fort mit dem Kleinstaatelend!

Thüringen will die Steuerverwaltung auf das Reich übertragen.

Weimar, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Die thüringische Regierung hat dem Landtag jetzt ein Gesetz über die Uebertragung von Geschäften ihrer Steuerverwaltung auf die Reichsfinanzbehörden vorgelegt.

Dienstuntauglich — weil Sozialist.

Das System Banguin.

Wien, 26. Januar.

Bei der Budgetdebatte im Finanzausschuß brachten die Sozialdemokraten den Fall zweier Offiziere zur Sprache, die einer ärztlichen Ueberprüfung ihres Gesundheitszustandes mit dem Ergebnis unterzogen worden waren, daß die ärztliche Kommission beantragt hatte, sie für dienstuntauglich zu erklären.

Italienisch-Südslawisches Abkommen.

Die wahre Liebe ist das nicht.

Belgrad, 26. Januar.

Ueber die Unterzeichnung des Protokolls, das die Verlängerung der Ablauffrist des Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrages zwischen Italien und Jugoslawien vorseht, schreibt „Politika“:

Zensur für Speisefarten.

Natürlich in Südtirol

Der Amtsbürgermeister von Bozen hat „festgestellt“, daß in den Hotels und Gasthöfen Speisefarten ausliegen, die nicht in korrektem Italienisch abgefaßt sind.



Des Bürgers Glückwunsch.

Milliarden für Agrarier.

Die Beschlüsse des Hauptausschusses. — Der Bauer wird geprellt. — Der Steuerzahler betrogen.

Der großagrarisches Rechtsblock will seine Macht zum Schaden der Arbeiter- und Bauernmassen im Dienst der ostelbischen Großagrarien noch vor Loosenschluß bis zum Letzten ausschöpfen.

die gesamte deutsche Volkswirtschaft einem Bankrott entgegenzudrücken müssen.

Die vom Reich geforderten Borschüsse von zusammen 100 Millionen Reichsmark werden keine einmaligen Borschüsse sein, sondern dauernde, jährlich wiederkehrende Zuschüsse, die sich noch erhöhen werden.

Bei dieser Umschuldung ist eine Erleichterung für die Landwirtschaft absolut unmöglich, und zwar wegen der hohen Zinssätze, wenn nicht gleichzeitig ein Teil der Zinsen, wie das Hugenberg-Schöninggen-Projekt es vorseheht, vom Reich endgültig getragen wird.

Die Jahresbelastungen daraus errechnen sich auf über eine Viertelmilliarde Mark.

Diese ungeheure, absolut zersetzende Belastung des Steuerzahlers wird in den Anträgen der Regierungsparteien, denen die Rechtsblockregierung zu entsprechen hat, verschwiegen.

Das Reich hat die erforderlichen Gelder nicht. Was für ordentliche Haushaltszwecke bisher angestrichelt wurde, die Begebung von Reichsschatzwechseln bei der Reichsbank, sie soll zur Stützung der großagrarischen Bankrottrentenwirtschaft jetzt erfolgen.

Dieses Großprojekt zugunsten der Großagrarien, das die gesamte deutsche Volkswirtschaft bedroht, ist der Hauptzweck der ganzen Aktion im Reichstag und der auf dem Lande inszenierten Rebellion.

Die übrigen relativ vernünftig klingenden Anträge sind den Drahtziehern Nebensache, obwohl sie im gegenwärtigen Augenblick das Höchstmögliche bereits überschreiten, was praktisch überhaupt durchgeführt werden kann.

schwerer zurückzahlen können. Die Steuererleichterungen kommen praktisch nur jenen Betrieben zugute, die sie ohnehin nicht mehr verdienen, weil sie nicht zu halten sind.

Daß die Rechtsblockparteien bei ihren Anträgen unehrlich verfahren, beweist die Forderung, daß das Reich, nicht aber Preußen etwa, auf die Verteilung und Verwendung der neuen Kredite Einfluß nehmen soll.

Die von allen wirklich ernst um die Förderung der Landwirtschaft besorgten Kreise verlangte systematische Beschränkung aller Kreditlinien für die Landwirtschaft auf die wirklich rationalen Betriebe und die dahingehende strenge Kontrolle und Beratung wird in den Anträgen nur formell erwähnt, die Garantien für die Durchführung werden sabotiert.

Vor allem werden, weil die „Hülse“ für die Großagrarien bis zur Grotzeste überspannt ist, die Klein- und Mittelbauern auf der ganzen Linie der Rechtsblockanträge geprellt.

Ueber die für die Umschuldung des Kleinbesitzes eventuell erforderlichen langfristigen Kreditformen, die es einfach nicht gibt, wird kaum Wort verloren. Die Steuer- und Zinserleichterungen sollen grundsätzlich für nicht buchführende Landwirte, das sind die kleinen und mittleren, nur dort gelten, wo die buchführenden, das sind die Großagrarien, ungünstige Gesamtergebnisse aufweisen.

Die heutige Krise in der Landwirtschaft war nach der jahrelangen Hazardpolitik der Großagrarien unvermeidlich. Sie mußte kommen. Sie muß für die Großagrarien, soweit sie nicht mehr zu halten, zum Ausbruch gebracht werden.

Die Auseinandersetzung in Thüringen.

Der Vertrag mit dem Koburger vom Landtag verabschiedet

Weimar, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Der Thüringer Landtag hat am Donnerstag mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten den Auseinandersetzungsvertrag zwischen dem Lande und dem Erzherzog von Koburg-Gotha angenommen.

Spiionageverdacht unberechtigt. Nach einer Pressemeldung hat das in Fulda stehende Artillerieregiment mitgeteilt, daß die Untersuchung über den „geheimnisvollen Funkpruch“ die völlige Haltlosigkeit des gegen die fünf Reichswehrangehörigen erhobenen Verdachtes ergeben habe.

Abstriche über Abstriche und dennoch Defizit

Die Haushaltrede des Stadtkämmerers ein Kotschrei.

Für Berlin wird durch die Ungerechtigkeit des Finanzausgleichs und durch die Erschwerung der Anleihebeschaffung der Haushaltsplan von Jahr zu Jahr ungünstiger beeinflusst. Wie schwer die Luftstellung für 1928 geworden ist, davon gab bei der Einbringung des Haushaltsplanes in der gestrigen Stadtkammerrede die gestrige Stadtkammerrede eine sehr eindringliche Schilderung. Den Betrag der Abstriche, durch die er das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen zu erzwingen versucht hat, bezifferte er auf rund 150 Millionen Mark, das ist fast doppelt soviel wie im Jahre vorher und ziemlich dreimal soviel wie vor zwei Jahren. Trotzdem bleibt noch ein Defizit von 50 Millionen, zu dessen Deckung auf eine günstigere Regelung des Finanzausgleichs gehofft wird, durch die man dann um eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer herankommen könnte. Des Stadtkämmerers Rede war ein Kotschrei über die Mißhandlung Berlins, die bei längerer Dauer zu den schwersten Mißständen in der Stadtverwaltung führen muß. Schulwesen, Gesundheitswesen, Hochbau, Straßenbau und viele andere Verwaltungszweige leiden darunter, daß die notwendigen Anforderungen gekürzt werden müssen. Trotz weitgehender Kürzungen ist übrigens die Gesamtausgabe wieder noch höher als im vorhergehenden Jahre geworden, weil manche seit Jahren zurückgestellte Arbeiten und Ausgaben sich nicht länger hinauschieben lassen. Wie die Fraktionen über diesen Haushaltsplan denken, werden ihre Redner in der nächsten Sitzung sagen.

Bei der Einbringung des Voranschlags für den städtischen Haushaltsplan hörte die Versammlung folgende

Haushaltsrede des Stadtkämmerers.

Der Stadtkämmerer begann seine Ausführungen mit einem Dank an die Beamtenhaft, die seit Monaten unter Anspannung aller Kräfte an der rechtzeitigen Fertigstellung des neuen Haushalts gearbeitet hat. Der Haushalt enthält alles in allem rund 50 000 Positionen und 170 000 bis 200 000 Zahlen, davon den größten Teil vier- bis sechsstellig. Der große Fehlbetrag von 50 000 000 M. ist nicht, wie gelegentlich ausgesprochen wurde, künstlich herbeigeführt, um als Druckmittel beim Finanzausgleich zu dienen. Die

Vermögenslage der Stadt ist gesund;

die Höhe der Schulden entspricht ungefähr der Hälfte des verblichenen Vermögens. Dagegen ist die Finanzlage für den laufenden Haushalt schwierig und ernst, nicht zuletzt durch die ungeheuren Kürzungen der Steuereinnahmen durch den ungünstigen Finanzausgleich. Ein kurzes Studium unseres Haushaltes wird jedem zeigen, wie die Einnahmen bis zur Grenze des Möglichen hoch angelegt und die Ausgaben gedrosselt worden sind. Was für diesen neuen Haushalt und die Finanzlage der Stadt Berlin besonders charakteristisch ist, ist nicht das, was im Haushalt steht, sondern das, was nicht darin enthalten ist. Während die Abstriche im Jahre 1925 noch 80 Millionen, im Jahre 1926 57 Millionen und im Jahre 1927 77 Millionen betragen, erreichen sie 1928 beinahe 150 Millionen. Zurückgestellt sind u. a. fast alle Anforderungen für Verwaltungsgebäude aller Art. Zurückgestellt ist auch wieder die Fertigstellung des Krematoriums in der Distelmeyerstraße, ferner auf dem Gebiet des Gesundheitswesens die an sich dringenden Umbauten der Pavillons III und IV des Krankenhauses Friedrichshain, die Erweiterungsbauten in Weißensee, Reinickendorf, Pantow, Schöneberg, Köpenick u. a.

Von den einmaligen Anforderungen für die Volksschulen mit 29½ Millionen sind nur 8½ Millionen übrig geblieben, von denen für die Mittelschulen mit 5 Millionen nur 0,4 Millionen, bei den höheren Schulen sind 11½, bei den Berufs- und Hoch-

schulen 16 Millionen gestrichen. Bei der Stadientwässerung sind Ausgaben von 34½ Millionen zurückgestellt, bei den Straßenbauten sind von 62 Millionen nur 11½ Millionen übrig geblieben und bei den Brückenbauten von 23½ Millionen nur 9½ Millionen.

Trotzdem war eine Steigerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahre nicht zu vermeiden. Sie beruht zum erheblichen Teil darauf, daß bei den früheren Haushalten zwangsläufig oder unaufwendbare Ausgaben zu niedrig angelegt waren. So haben allein auf dem Gebiete der Mobilität die Ausgaben den Haushaltsjahre im Jahre 1925 um 12 Millionen, 1926 um 19 Millionen überschritten. Die Gesamtausgaben der ordentlichen Verwaltung sind 1925 über den Haushaltsvoranschlag um 61 Millionen, 1926 um 71 Millionen hinausgegangen. Ein weiterer Grund der Steigerung beruht auf dem Anwachsen der Stadt selbst, ferner aber auch darin, daß manche seit Jahren immer wieder zurückgedrängten Ausgaben sich vielfach nicht mehr hinauschieben lassen. Auf vielen Gebieten ist auch die Erigerung zwangsläufig, das Anwachsen der Zahl der Unterstützungsempfänger und die im letzten Jahr notwendig gewordene Erhöhung der Unterstützungssätze, dann im Gesundheitswesen die Geschlechtskrankenfürsorge u. a. m. Ein wichtiger Steigerungsgrund liegt naturgemäß auch in den Auswirkungen der Besoldungsreform. Angesichts der erhöhten Kosten der Beamtenbesoldung ist

Bereinsparung der Verwaltung

notwendig. Das allein genügt aber nicht, es muß durch Änderung der Arbeitsmethoden und durch Verringerung der Ausgaben selbst rationalisiert werden. In sich sind zwar die Verwaltungskosten in Berlin im Vergleich zu anderen Städten keineswegs hoch. Sie bleiben vielmehr noch den statistischen Feststellungen des bekannten Statistikers Dr. Seutemann in Hannover für 1925 nicht unerheblich hinter denen anderer Großstädte zurück. Natürlich spielt auch das Gesch. Groß-Berlin hierbei eine Rolle. Das Zahlenmaterial des vorliegenden Haushalts zeigt, daß zur Verbilligung der Verwaltung eine Vergrößerung der Bezirke notwendig ist. Immerhin ist in den Bedürfnissen der Bezirke im Laufe der Jahre fortschreitend eine Annäherung erfolgt. Daß dies in nicht noch stärkerer Maße möglich war, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Finanzlage den Rahmen für die Ausgaben stets außerordentlich eng gespannt hat. Eine stärkere Annäherung und Berücksichtigung der besonders bedürftigen Bezirke des Nordens und Ostens ist auch dadurch erreicht worden, daß in den Verteilungsmöglichkeiten für die Einheitsätze bereits vielfach diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen worden ist. Wie in der laufenden Verwaltung mußte auch bei der außerordentlichen Verwaltung, die aus Anleihen gedeckt werden soll, weitgehende Einschränkungen geübt werden. Der weitaus größte Teil der angeforderten Mittel wird für den Ausbau der Elektrizitätswerke und für die Fertigstellung der Untergrundbahnbauten benötigt. Neu sind in den Haushalt

25 Millionen für den Wohnungsbau

eingestellt. In welchem Umfange der Anleihebedarf in diesem Jahre tatsächlich befriedigt werden kann, ist noch nicht zu übersehen und hängt einmal von der Entwicklung des inländischen und ausländischen Geldmarktes, zum anderen von der künftigen Einstellung der Beratungsbörse ab. Jedenfalls muß erwartet werden, daß die Beratungsstelle baldigst ihre Tätigkeit wieder aufnimmt, nachdem die Gemeinderäte allen Forderungen nach Feststellung der Höhe ihrer künftigen Schulden usw. entsprochen haben.

Ob die Deckung des Fehlbetrages von rund 50 Millionen ohne allzu große Steuererhöhungen möglich sein wird, hängt davon ab, wie die schwelbenden großen Fragen über die Reorganisation des Finanzausgleichs entschieden werden. Hier muß insbesondere die Berliner Bevölkerung und Wirtschaft mit der Stadtverwaltung einig sein in der Forderung und dem Ziel einer gerechteren

Verteilung der Einkommensteuer durch Aufhebung oder wenigstens Verringerung der relativen Garantie. (Beifall.) Auf Vorschlag des Vorsitzers, Genossen Haf, findet die Aussprache am 2. und 3. Februar statt.

Aus der Reihe der vor der Rede des Kämmerers geschäftsordnungsmäßig behandelten Beratungsgegenstände ist besonders die Vorlage wegen der Zusammenlegung der städtischen Druckereien zu erwähnen. Die leistungsfähigsten Druckereien waren die Plakaldruckerei der „Beret“ (Berliner Reklamengesellschaft) und die städtische Druckerei in Neudölln; diese sind in neugemieteten Räumen im Zentrum der Stadt zusammengelegt. Die Heranziehung der bedeutend kleineren Betriebe in Spandau, Reinickendorf und Schöneberg soll später erfolgen. Der vorbereitende Ausschuss ließ durch seinen Berichterstatter, Genossen Haf, die Zustimmung der Stadtkammer zur Zusammenlegung beantragen; die städtischen Betriebe und Gesellschaften sollen angewiesen werden, ihre Aufträge in erster Linie der städtischen Druckerei zu geben. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei unterstützten diesen Antrag gegen die Schaffung einer städtischen Druckerei. Durch die Vink wurde jedoch die Vorlage angenommen. — Eine längere Aussprache entspann sich dann um die Vorlage wegen des

Grundstücksausstausch in der Bellevuestraße.

Die im Verkehrsinteresse liegende Umgestaltung des Potsdamer Platzes erfordert die Beseitigung des Vorgartengeländes am Hause Bellevuestraße 1 und die Einbeziehung zu Straßenland. Die Besitzerin des Geländes, die Canada-Land-Company, will es gegen Umtausch eines passenden Grundstücks, zu Bellevuestraße 2 geblieben, ergeben. Nach dem Ausschussbeschluss soll die Company 700 000 Mark zahlen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dazu folgenden Zusatzantrag eingebracht:

Die Stadtkammer beschließt die Zustimmung der Vorlage unter folgenden Bedingungen zu: Der Betrag, welchen die Canada-Land-Company Aktiengesellschaft für Ueberlassung ihrer Grundstücksanteile im Tausch gegen das Haus Bellevuestraße 2 zuzahlen hat, wird von 700 000 M. auf 800 000 M. erhöht; die Canada-Land-Company Aktiengesellschaft übernimmt die bindende Verpflichtung, das Grundstück bjm, den darauf zu errichtenden Neubau, sofern er für ein Warenhaus, gleichviel unter welcher Firma, Verwendung finden soll, nur an eine deutsche Aktiengesellschaft zu vermieten, zu verpachten oder zu verkaufen.

Auf Antrag des Demokraten Merkes wurde die Angelegenheit vertagt, um abzuwarten, welche Entwicklung die ganze Umgestaltung des Potsdamer Platzes und der damit zusammenhängende Grundstücksbedarf nehmen wird.

Eine ganze Reihe Grundstücksan- und verkäufe wurden ohne Aussprache nach den Beschlüssen des Grundstücksausschusses angenommen. Mit der Beratscheidung vieler kleiner Vorlagen und Anträge schloß die Sitzung.

Die in der Dienstagjgung ausgeföchten Abstimmungen ergaben die Annahme des Protestes gegen den Erlaß des Provinzialschulkollegiums wegen Hindenburgs Geburtstag („Vorwärts“ vom 25. d. M.). Die von den Kommunisten beantragte Beseitigung des Brandenburger Torres wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Rechtskräftiges Urteil.

Die Berufungsverhandlung wegen der Bestechungs- und Wohnungszweckverletzung, die sich unter dem Dezernat des Magistratsrat Dr. Hauptmann beim Wohnungssamt Kreuzberg abgepielt hat, nahm ein überraschendes und vorzeitiges Ende. Nachdem bereits bei Beginn der Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer des Landesgerichts I alle übrigen Angeklagten die von ihnen gegen das Urteil des Schöffengerichts Mitte ihre eingelegte Berufung zurückgenommen für rasch gefunden hatten, zog es gestern am dritten Verhandlungstage auch Magistratsrat Dr. Hauptmann vor, als letzter Angeklagter seine Berufung zurückzunehmen. Da auch Staatsanwalt Dr. Seibenspinner daraufhin die von ihm eingelegte Berufung zurückzog, ist nunmehr die gegen Dr. Hauptmann erkannte Strafe von 3 Monaten Gefängnis wegen Bestechung ebenfalls rechtskräftig geworden.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Mr. Barnstaple las diese Botschaft mit Resignation. Während er sein Abendbrot aß, schweifte sein Auge über einen Artikel, den ihm ein Freund aus China gesandt hatte, um ihm zu zeigen, wie die Japaner absichtlich die Reste chinesischer Zivilisation und Erziehung zerstörten.

Erst als er nach dem Abendbrot in seinem kleinen Garten saß und seine Pfeife rauchte, kam es ihm voll zum Bewußtsein, was es für ihn bedeutete, allein zu Hause zu sein.

Dann wurde er auf einmal sehr geschäftig. Er rief Mr. Beeve an, teilte ihm das Urteil des Arztes mit, erklärte ihm, daß die Dinge beim „Liberal“ gerade jetzt besonders günstig lägen, und erhielt Urlaub.

Danach ging er in sein Schlafzimmer und packte in bunter Auswahl Gegenstände in einen vorstinstulischen Koffer, der nicht so ausseh, als ob man ihn gleich vermissen würde, und verstaute ihn unter dem Sitz seines Wagens. Danach beschäftigte er sich einige Zeit damit, seiner Frau einen Brief zu schreiben, und steckte ihn sehr sorgfältig in seine Brusttasche.

Dann sperrte er den Wagenschuppen ab und setzte sich mit seiner Pfeife und einem guten, geistreichen Buch über den Bankrott Europas in einen Liegestuhl im Garten, um so unschuldig wie nur möglich auszusehen, und sich auch so zu fühlen, ehe seine Familie nach Hause käme.

Als seine Frau zurückkam, erzählte er ihr so beiläufig, daß er sich sehr nervös fühle und daß er sich vorgenommen habe, am nächsten Morgen nach London zu fahren, um einen Arzt deswegen zu befragen.

Mrs. Barnstaple schlug einen Arzt vor; er aber sagte, er habe in dieser Angelegenheit auf Beeve Rücksicht zu nehmen und Beeve sei gerade auf den Dr. Soundso verfallen — das war nämlich der Mann, den er in Wirklichkeit schon konsultiert hatte. Und als Mrs. Barnstaple äußerte, ihrer Meinung nach hätten sie alle einmal richtige Ferien nötig, knurrte er auf eine nicht gerade freundliche Art.

Auf diese Weise konnte Mr. Barnstaple mit dem ganzen Gepäck, das für mehrere Ferienwochen nötig war, glatt das Haus verlassen, ohne irgendeinem unüberwindlichen Widerstand zu begegnen. Am nächsten Morgen brach er nach

London auf. Der Verkehr auf der Straße war bunt und lebhaft, aber keineswegs störend, und die „Gelbe Gefahr“ fuhr so sanft dahin, daß sie den Namen „Goldene Hoffnung“ verdient hätte. In Camberwell bog er in die Camberwell-New Road ein und nahm den Weg nach dem am Anfang der Baur-Bridge Road gelegenen Postamt. Hier hielt er an. Sein Vorhaben erschreckte ihn, erfüllte ihn aber auch mit Stolz. Er begab sich ins Postamt und sandte seiner Frau ein Telegramm: „Dr. Pagan sagt, Einsamkeit und Ruhe dringend nötig, fahre daher nach Seen-Distrikt, habe dies voraussehend Gepäck mitgenommen. Brief folgt.“

Dann kam er heraus, kramte in seiner Tasche, zog den Brief hervor, den er am vorigen Abend geschrieben hatte, und steckte ihn in den Postkasten. Den Brief hatte er absichtlich recht schlecht getrigelt, um Neurasithenie in vorgeschrittenem Stadium vorzuzudrücken. Er erklärte, Dr. Pagan habe einen sofortigen Urlaub verordnet und ihm empfohlen, „nordwärts zu wandern“. Es sei besser, ihm während einiger Tage oder etwa einer Woche keinerlei Post nachzusenden. Er werde sich nicht der Mühe des Schreibens unterziehen, außer: es ginge etwas schief. Keine Nachricht sei gute Nachricht. Wenn seine Ruhe geschickt sei, würde alles gut werden. Sobald er eine feste Adresse für Briefe habe, werde er drahten, aber nur ganz dringende Sachen sollten ihm dann nachgeschickt werden.

Danach stieg er wieder in den Wagen, und das mit einem Gefühl der Freiheit, wie er es seit seinen ersten Schulferten nicht mehr empfunden hatte. So schlug er die Richtung nach der Great North Road ein, ließ sich jedoch im Gedränge am Hyde Park Corner von einem Polizisten nach der Knights Bridge abweisen und wurde später an der Ede, wo die Bath Road von der Orford Road abzweigt, durch einen Möbelwagen, der den Weg versperrte, in die erste abgedrängt. Aber das machte nicht viel aus. Jeder Weg führt nach irgendwohin, und er konnte ja auch später nordwärts steuern.

2

Es war einer jener Tage voll helleren Sonnenscheins, die für die große Dürre von 1921 so charakteristisch waren. Es war nicht im geringsten schwül. Die Kühe ringsum und Mr. Barnstaples gute Laune vereinigten sich, um ihn recht angenehme Erlebnisse erwarten zu lassen. Die Hoffnung war wieder zurückgekehrt. Er wühlte wohl, daß er auf dem Wege war, dem Alltag zu entfliehen, aber er hatte bis jetzt noch nicht die leiseste Ahnung, wie vollkommen ihn dieser

Weg dem Alltag entführen sollte. Es wäre schon ein nettes kleines Erlebnis, jetzt bei einem Wirtshaus zu halten und ein wenig zu frühstücken. Und wenn er sich bei der Abfahrt einsam fühlen sollte, würde er irgend jemanden aufnehmen und mit ihm plaudern. Er konnte ganz ruhig jemanden mitnehmen, denn es war ihm ganz gleichgültig, nach welcher Richtung er fuhr, wenn er nur Epsenham und die Redaktion des „Liberal“ im Rücken hatte.

Ein kurzes Stück außerhalb von Slough wurde er von einem riesigen grauen Tourenwagen überholt, der ihn aufschreckte und zum Ausweichen zwang. Er tauchte laufflos neben ihm auf und hatte ihn im Augenblick überholt, obwohl er selbst nach Angabe seines ziemlich genauen Geschwindigkeitsmessers gut siebenundzwanzig Meilen in der Stunde fuhr. Die Insassen waren, wie er feststellte, drei Herren und eine Dame; sie saßen alle hochaufgerichtet und sahen sich um, als ob sie sich für etwas interessierten, das hinterherkam. Da sie sehr schnell an ihm vorbeifuhren, konnte er bloß bemerken, daß die Dame von einer strahlenden Lieblichkeit war, die einen auf den ersten Blick gefangen nahm, und daß der ihm zunächst sitzende Herr ein besonders boshaftes, schon altliches Gesicht hatte.

Noch bevor er den Schreck über diese vorbeisauende Erscheinung überwunden hatte, machte ihn ein anderer Wagen mit dem Ton eines prähistorischen Sauriers darauf aufmerksam, daß schon wieder jemand an ihm vorbeiwollte. Auf solche Weise — nämlich nach freundlicher Verständigung — ließ sich Mr. Barnstaple gern überholen. Er verringerte die Geschwindigkeit, ließ jeden Anspruch auf die Mitte der Straße fallen und machte mit der Hand aufmunternde Zeichen. Eine große, glatte, schnelle Limousine machte von seiner Erlaubnis, die einige dreißig Fuß breite Straße zu passieren, Gebrauch. Der Wagen führte eine tüchtige Menge Gepäck mit sich; aber, mit Ausnahme eines jungen Mannes mit einem Monokel, der neben dem Fahrer saß, sah Barnstaple nichts von den Insassen. Gleich vor ihm bog die Limousine um die Ecke, hinter dem Tourenwagen her.

Nun, selbst eine fahrende „Fußbadwanne“ kann es nicht leiden, an einem heißen Morgen auf offener Straße in so herrenmäßiger Weise überholt zu werden. Barnstaple drückte den Akzelerator hinunter und kam mit gut zehn Meilen per Stunde schneller um die Ecke, als ihm seine Vorsicht sonst zu fahren gestattet hätte. Er fand die Straße vor sich ganz leer.

(Fortsetzung folgt.)

Prozeß gegen die Reichswehrsoldaten. Die beiden Oberjäger freigesprochen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung gegen die Oberjäger vor dem Potsdamer Schwurgericht wurden die Angeklagten durch einen Teil der Kameraden schwer belastet. So befindet der Oberjäger Werner Krause unter Eid: Zwei Tage nach der Tat hat der Angeklagte Tinnappel auf der Wache auf dem Zeugnis in bezug auf den Ueberfall geäußert: Wir sind rausgegangen, haben das Licht im Flur ausgemacht und auf den Unteroffizier Görlich gewartet. Als er kam, haben wir ihn mit Häuten bearbeitet. Hatte er nicht geschrien, dann hätten wir ihn aus dem Fenster geworfen. Zu einem anderen Zeugen soll T. geäußert haben: „Kannst du schwören? Ich bin es gewesen, ich habe ihn aufgelauert. Erst schlug ich ihm eins, dann schlugen wir ihn mit Häuten. Er war zu schwer, sonst hätten wir ihn aus dem Fenster geworfen.“ Die Angeklagten bestreiten, derartiges gesagt zu haben. Der mifshandelte Unteroffizier schildert die Tat, und zwar muß er sich auf die Erde legen und den Vorfall genau demonstrieren. Vor: „Sind Sie nicht auch vielleicht nur gegen den Gewehrschrank gelaufen?“ Unteroffizier Görlich: „Nein, ich war doch nicht betrunken. Ich bin geschlagen worden.“ Die Zeugenvernehmung ergab, daß alle Beteiligten an der Kneiperei im Kameradenschaftsheim mehr oder minder dem Alkohol reichlich zugesprochen hatten. Es wurden verschiedene Späße gemacht, und ein Schüßler ging sogar mit der Keilspitze ins Bett, weil er Angst hatte, daß die Kameraden ihn im Saal aus dem Bett kippen würden. Stundenlang wird mit Gräßlichkeit versucht, das Dunkel über jenen Vorfall nach der durchtrunkenen Kameradenschaftsnacht zu lichten. Viele Widersprüche sind zu lösen: Es ist das erste Mal, daß in Potsdam eine derartige Anklage gegen Mitglieder der Reichswehr erhoben ist. Der ärztliche Sachverständige kann die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß die Verlegungen, die der Unteroffizier davongetragen, ebenso gut von einem Fall gegen einen harten bzw. scharfen Gegenstand herrühren können. Der Staatsanwalt beantragte unter Heranziehung des Mißbräutigungsparagraphen 110a gegen jeden Angeklagten die gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis und Dienstentlassung.

Das Gericht sprach jedoch die angeklagten Oberjäger auf Staatskosten frei. Vorher wurde beschlossen, den Hofbefehl anzuführen. Das Urteil wurde im Hörsaal, der nicht von Reichswehrsoldaten gefüllt war, mit Bravour ausgenommen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus: daß die Hauptverhandlung nicht mit Sicherheit ergeben hat, daß überhaupt eine Zusammenrottung stattgefunden hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Unteroffizier sich neirrt hat, als er gegen einen Schrank gelaufen und in seiner Remontriertheit geglaubt hat, daß er von Männern niedergeschlagen worden sei. Auch die Zeugenausagen, die die Angeklagten zum Teil bestritten, sind nicht ausschlaggebend gewesen zu einer Verurteilung.

Anna Matzke fünfzigjährig!

Unsere Genossin Anna Matzke vollendet heute, am 27. Januar, ihr fünfzigstes Lebensjahr. Fünfzig Jahre sind eigentlich, wie man zu sagen pflegt, „noch gar kein Alter“. Aber Genossin Matzke hat von ihren jetzt fünfzig Jahren dreißig dem Dienst der Partei gewidmet. Das rechtfertigt es, daß wir schon der fünfzigjährigen an dieser Stelle gedenken. Als uneheliches Kind im Jahre 1878 in Nieder-Gorpe a. Bover geboren, hatte Anna in Kindheit und Jugend ein hartes Leben durchzumachen. Schon im zarten Alter mußte sie verdienen helfen, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Nachdem sie als neunzehnjährige geheiratet hatte, kam sie bald der Sozialdemokratischen Partei näher durch ihren Gatten, der rühriges Parteimitglied war. Von 1898 ab arbeitete auch Anna Matzke für die Partei, mit besonderem Eifer im Jahre 1900 bei der Reichstagswahl in Berlin VI. Sie trat 1902 in den Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ein, der damals Pionierarbeit zur politischen Schulung der Genossinnen leistete. Bereits 1906 wurde Anna Matzke zur Vertrauensperson in Berlin VI gewählt und zugleich erhielt sie ein Mandat zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in Mannheim. Seit 1906 gehörte sie auch dem Zentralvorstand der Berliner Parteiorganisation an und bis 1908 wirkte sie in der Lokalkommission mit. Im Jahre 1908 lehnte wir sie wieder als Delegierte auf der Frauenkonferenz und dem Parteitag in Nürnberg. Von da ab war Genossin Matzke Mitglied des Aktionsausschusses der Berliner Parteiorganisation, bis sie 1913 nach Nieder-Schönhausen übersiedelte, das damals zum Kreis Niederbarnim gehörte. Auch in Niederbarnim wurde sie bald wieder Vorstandsmitglied. Neben all dieser Arbeit war Genossin Matzke eine der eifrigsten und rührigsten Rednerinnen in der Broving Brandenburg. Sie scheute nicht Wind und Wetter, nicht weite Wanderungen über Land und schredte nicht davor zurück, drei Versammlungen an einem Tage zu haben. Nach dem Kriege, in dem sie den einzigen Sohn verlor, wählte man sie im Dezember 1918 zur Sekretärin für die Bezirksorganisation Brandenburg. Mit derselben Ausdauer und demselben Fleiß arbeitete sie auf diesem Posten. Leider holte sie sich im September 1919 auf einer Agitationstour eine starke Erkältung mit langwieriger Brust- und Rippenfellentzündung, deren Folgen sie bisher nicht ganz überwunden hat. Genossin Matzke hat auch in der Gewerkschaftsbewegung als langjähriges Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihre Pflicht getan. Im Jahre 1908 gehörte sie zu den Mitbegründerinnen der Arbeiterinnenkommission dieser Gewerkschaft. Der jetzt fünfzigjährigen wünschen wir, daß ihr der alte im Dienst der Partei so oft bewährte Kampfesmut noch lange erhalten bleibt.

„Seil Kaiser Dir!“

Mit diesen historischen Worten trompetet uns in großen Lettern eine Ueberschrift auf einem Plakat an, das seit gestern morgen an den meisten Berliner Fassaden zu sehen ist. Wörtlich lesen wir weiter: „So waren wir jedes Jahr am 27. Januar, aber nicht von Herzen und nicht mit wahrer innerer Freude.“ Man fragt sich: Wer hat damals mitsungen, nicht von Herzen und nicht mit wahrer innerer Freude? Die Nationalsozialisten: Wilhelm Kube, der vielfach Herausgeschickene, und Dr. Goebbels, die zu „Kaisers Geburtstag“ irgendwo sprechen wollen. Sie wollen freilich am 27. Januar nicht den Kaiser feiern, der heute in Doorn privatisiert, sondern einen Kaiser, den sie sich selbst ausgedacht haben. Und wer ist das? Der „Mährische amerikanische Banker und Reparationsagent Parker Gilbert“. Natürlich richtet sich der ganze alberne Kumpel gegen die Verständigungs- und Friedenspolitik des republikanischen Deutschlands, die heute sogar von den einflussreichsten und radikal aufstrebenden deutschen Bürgerblattdarstellern mitgemacht wird. Wäge man die Nationalsozialisten modern und trafen lassen! Wenn sie sich aber ausgeredet in ihrem Wut, wie sie ausdrücklich schreiben, an die „Fronschweine“ und die anderen Kriegspapier wender, so sollen sie sich gefast kein lassen: Die Mitglieder ihrer Kolonnen sind entweder so alt, daß sie 1914 höchstens noch garnisondienstfähig waren, oder so jung, daß sie damals noch kurze Hosentrugen!

Für Volkswirtschaften. Auch, kritisch, zeigt sie in bunter Folge Aufnahmen von dem führenden deutschen Vagant Professor Dr. Luidde, interessante Bilder von den letzten Sportveranstaltungen, Volksbrände aus fernem Ländern, heitere Aufnahmen von dem Komikerpaar Volentin-Karlsbühl aus München und anderes mehr.

Die Irrfahrten eines Gefangenen. In 22 Tagen durch Deutschland.

Aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit erhalten wir eine Zusage, die uns in gewissen Einzelheiten interessant genug scheint, um sie im Auszuge wiederzugeben. Auf der Fahrt nach Jülich begriffen, wurde ein gewisser H. in Lindau am Bodensee verhaftet. Er war in einem schweizerischen Jagdungsblatt ausgeschrieben worden, weil er von Jülich aus wegen Betruges und Unterschlagung gesucht wurde. Er gibt nun an, beantragt zu haben, ihn mit seiner Einwilligung formlos der Schweiz zu überstellen. Eine Auslieferung kam nicht in Frage, da er deutscher Staatsangehöriger ist. Er begründete sein Ersuchen dahin, daß doch das Hauptinteresse der schweizerischen Behörde darin bestünde, über seine Person zu verfügen. Seinerseits aber habe er ein Interesse daran, nach Jülich zu kommen, um die Angelegenheit zu klären. Eine Fahrkarte nach Jülich hatte er in der Tasche. Der bayerische Amtsrichter in Lindau habe sich einverstanden erklärt. Da aber bei der Staatsanwaltschaft I Berlin dazwischengekommen, weil Jülich auf diplomatischem Wege seine Strafverfolgung in Deutschland beantragt hätte. Eines Tages kam dann Auftrag aus Berlin, ihn mit Schnelltransport nach dort zu senden. Nun lehnte der bayerische Amtsrichter die Verantwortung für eine jorklose Ueberstellung ab.

Von Lindau, das wenige Stunden vom Tator Jülich entfernt liegt, begann nur der Transport nach Berlin. Er dauerte insgesamt 22 Tage für eine Strecke, die gemeinhin in 16 Stunden zurückgelegt wird. Seine Ankunft in Berlin schildert der Untersuchungsgefängnis mit diesen Worten: „Küßig und drecks wie ein Schwein, ungewaschen, ungekämmt, abgerissen, voll Linsensuppe und mit einer Hautschicht behaftet.“

Im weiteren beibringt H. Einzelheiten von dieser Ueberfahrt, denen nachzugehen Pflicht der Justizbehörden ist. Wir

lassen ihn sprechen: „Friedrichshafen in Württemberg, Gendarmeriestation. Eine Zelle, drei Meter hoch, in den Wänden steht das Wasser, eine Brille, darauf ein schmieglicher stinkender Strohsack, zwei Decken, bei vier Grad Kälte ein kalter Ofen, ein ungeteilter, halbgefüllter Urinfüßel, der die Luft verpestet, eine eilige Wäsche, kurz ein kompletter Schweinestall.“ Bettuch und Handtuch sind mehr als benutzt und unbenutzbar!

In Lindau war, so schreibt H., ihm für die Reise ein Teil seiner Toilettegegenstände wie Seife, Zahnbürste, Kamm, drei Taschentücher, ein Paar Strümpfe und ein Hemd ausgehändigt. In einem Paket habe er diese Sachen bei sich geführt. Die Wasmalerin in Friedrichshafen habe ihm das Paket mit dem Bemerkten wegnehmen wollen, daß ein Transportgefänger „nur ein Schmutzfuchel im Sad“ führen dürfe. In Stuttgart sei ihm das Paket dann abgenommen, weil eine derartige Verfügung unzulässig sei. In Stuttgart habe er das Paket abgenommen, weil eine derartige Verfügung unzulässig sei. In Stuttgart habe er das Paket abgenommen, weil eine derartige Verfügung unzulässig sei.

Im Schutzmagen ging es dann in einer Fahrt, die alle Bummelzugbegriffe übersteigt, nach Berlin, 22 Tage lang mit einem einzigen „Schmutzfuchel im Sad“. In Württemberg hatte man allein einen Umweg von 470 Kilometer gemacht, der eine Reisedauer von 13 Tagen beanspruchte.

Gewiß ist auch uns bekannt, daß Gefangene in den Schilderungen ihrer Abenteuer leicht zu Uebertreibungen neigen. Immerhin sind die Mitteilungen des H. so genau gehalten, daß wir die zuständigen Behörden dringend auffordern müssen, den Dingen nachzugehen und, wenn auch nur ein Teil dieser Schilderung zutreffen sollte, schleunigst Verhältnisse zu ändern, die unserer Zeit in höchstem Maße unwürdig sind.

Schreckensurteil der Hartmann-Kammer. Wegen des Liebesabenteuers eines Malermeisters.

Der Schauplatz einer Verzeiwungsjahre war der Verhandlungssaal der Großen Strafkammer des Landgerichts II, die unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Hartmann tagte. Hier wurde in der Berufungsinstanz ein Urteil gefällt, das im Gegensatz zu dem teils freisprechenden, teils milden Urteil des Schöffengerichts Schneberg über vier Angeklagte, sämtlich 35 und 40 Jahre alt, zwei junge Arbeiter und zwei junge Mädchen, schwere Gefängnisstrafen verhängte unter sofortiger Verhaftung aller vier Angeklagten.

Die Verurteilung erfolgte wegen räuberischer Erpressung, und das Opfer war ein verheirateter Malermeister, der eines Nachts auf Liebesabenteuer ausgegangen war. Auch für ihn hatte dieser Vorfall ein böses Nachspiel, da seine Ehe dadurch in die Brüche gegangen ist. Die beiden jungen Mädchen S. und B. hatte er in einem Lokal kennengelernt und war mit ihnen weggegangen, um eine Woche am Priesterweg aufzuführen. Die Freunde der beiden Mädchen, die Angeklagten P. und K., waren dem Malermeister mit seinen Bekleidungen gefolgt. Am Priesterweg in vollkommener Dunkelheit stellten sie den liebesbedürftigen Malermeister. Mit geballten Fäusten standen sie plötzlich vor ihm. In seiner Angst hat dieser, ihm nichts zu tun, und hat ihnen eine Streichholzschachtel an, mit dem Hinweis, daß darin 10 Mark seien, die er für die Mädchen als Geschenk bestimmt hatte. Angeblickt worden die beiden jungen Leute zunächst das Angebot zurückgewiesen und nur ihre Bräute zurückverlangt haben. Nach ihrer Behauptung wäre es ihnen aus einem Ueberfall gar nicht angekommen, sondern sie seien nur eifersüchtig gewesen. Jedenfalls aber haben sie das Geld und noch 30 Pf., die der Malermeister in seiner Angst in den Westentaschen zusammensuchte, angenommen und sind mit den beiden Mädchen abgezogen.

Die vier Beteiligten wurden wegen schweren Strafraubes angeklagt und der Staatsanwalt hatte sogar Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren beantragt. Das Schöffengericht hatte die beiden jungen Männer nur der Nötigung schuldig befunden und zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, während die Mädchen freigesprochen wurden. Die Strafkammer erblickte

jedoch in der Handlungsweise der vier Angeklagten ein abgekartetes Spiel und nahm räuberische Erpressung an. P. wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, die anderen Angeklagten K., S. und B. zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ein Urteil, das den Angeklagten so überrollend kam, daß sie in voller Verzweiflung in lautes Jammern und Schreien ausbrachen. Die beiden männlichen Angeklagten P. und K. bekamen Wulststrümpfe und schlugen derartig um sich, daß die Holzbohle an der Wand der Anklagebank zertrümmert wurde. Nur mit großer Mühe gelang es vier Justizwachmännern, die Uebertreibung der Angeklagten ins Gefängnis durchzuführen.

Der Wutausbruch der bis dahin unbestraften jungen Leute ist menschlich begreiflich: Hatten sie zum erstenmal im Leben gesehen, so darnten sie das Urteil des Schöffengerichts als ausreichendes Dankschreiben betrachten. Ganz unverständlich dagegen erscheint das Urteil des Gerichts — non dem Strafaufrag des Staatsanwalts schon gar nicht zu reden: fünf Jahre Zuchthaus! Was ist, daß das Bargeld der jungen Leute abgekartetes Spiel war? Was ist, daß ihre Erpressung nicht ungestraft bleiben durfte — bestimmt durfte sie das nicht. Man vergleiche aber den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichts gegen diese jungen Leute mit Anträgen der Staatsanwaltschaft und Urteilen in einigen anderen Prozessen aus der letzten Zeit. Der bewaffnete Ueberfall auf den Klausner endete mit geringen Freiheitsstrafen; die Verurteilten wurden auf freien Fuß gesetzt. Der bekannte Ueberfall des völkischen Studenten mit Waffen in der Hand in einem der größten Berliner Hotels wurde nur mit einer geringen Strafe quittiert. Und hier? Ohne Waffen stellen die jungen Leute nachts einen Mann, schalten von ihm 10 Mark und machen sich aus dem Staube. Das war die räuberische Erpressung, die mit einem Jahre resp. mit einem Jahre und sechs Monaten „geföhnt“ werden mußte und die der Staatsanwalt mit fünf Jahren Zuchthaus „geföhnt“ wissen wollte. Für eine derart „volkstümliche“ Justiz — die Urteile ergeben ja „im Namen des Volkes“ — dürfte das Volk wohl wenig Verständnis haben. Man darf die Hoffnung aussprechen, daß die Strafe auf dem Wege der Gnade gemildert wird.

Der Ueberfall auf eine Potsdamer Kinokasse. Schwere Zuchthausstrafe für eine leichtfertige Tat.

Wegen Diebstahls unter erschwerenden Umständen, versuchten Diebstahls und unbefugten Waffentragens stand gestern der 27jährige Tischlergeselle Kurt B. aus Kowames vor den Potsdamer Geschworenen.

Der Angeklagte war im Oktober vorigen Jahres durch eigene Schuld arbeitslos geworden, und begab sich, um sich in den Besitz von Geld zu setzen, an die Kasse des Alhambra-Kinos in Potsdam, griff in einem unbewachten Augenblick hinein und eignete sich dabei 14 Mark an. Man nahm die Verfolgung auf der Straße auf, und der Angeklagte gab mehrere Schüsse aus einem Revolver auf seine Verfolger ab, die den einen nicht unerheblich am Arm verletzten. Ein retoluter Chauffeur warf dem Fliehenden eine Autokugel zwischen die Beine, so daß er stolperte und verhaftet werden konnte. Den Revolver hatte sich der Angeklagte im Strohhandel in Berlin in der Bienenstraße für fünf Mark gekauft. Das Urteil erging auf drei Jahre Zuchthaus und Einziehung der zur Tat benutzten Waffe.

Mordprozeß Kranz am 9. Februar.

Die Stieglicher Schülertragödie, deren Opfer bekanntlich der Schüler Günther Scheller und der Kochlehrling Stephan wurden, wird schon in aller nächster Zeit das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigen. Nachdem erst vorgestern das Hauptverfahren wegen Mordes und Verabredung zu einem Mord eröffnet worden war, ist gestern bereits Termin zur Hauptverhandlung auf den 9. und 10. Februar festgesetzt worden. Nach der Anklage hat zweifelsohne nicht der Angeklagte Primaner Kranz den tödlichen Revolveranschlag auf den Kochlehrling Stephan abgegeben, sondern Günther Scheller, der sich gleich darauf, wie erinnerlich, selbst erschossen hat. Die Anklage jedoch hält die Mordtat des Kranz für vorliegend, weil er Günther Scheller den Revolver gegeben und Scheller dann nur das ausgeführt habe, was vorher zwischen ihnen beiden besprochen und vereinbart gewesen wäre. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Duff führen.

Ausstellung der Naturfreunde-Photographen.

Im Hause des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, Sophienstraße 15, eröffnete kürzlich die Photogemeinschaft im Touristenverein „Die Naturfreunde“ ihre Jahresausstellung. Die Ausstellung beweist, daß die Kurse und Lehrgänge gute Früchte getragen haben. Schon die äußere Aufmachung zeigt, daß die Arbeiterlichkeit hier eine Organisation hat, die nicht nur ähn-

lichen im anderen Lager ebenbürtig, sondern auch überlegen ist. Ruhig und sachlich ist der Einbruch. Es herrscht das Landschaftsbild und in diesem wieder das gemollige, eindrucksvolle Hochgebirge vor. Aber auch die Großstadt und ihr Glanz wird nicht verschwiegen. Ein Besuch der Ausstellung, die noch bis Sonntag, den 29. Januar (wertrags von 18—21, Sonntag von 10—18 Uhr) bei freiem Eintritt geöffnet ist, kann jedem empfohlen werden.

Die unruhige Erde.

Tornado in Amerika. — Erdbeben in Europa.

Wie aus New York gemeldet wird, sind bei dem schweren Sturm, von dem die amerikanische Atlantikküste heimgesucht wurde, in New York allein 20 Personen verwundet worden. Der ernsteste Unglücksfall ereignete sich im Armenviertel von New York, wo sechs Personen bei dem Einsturz eines Hauses schwer verletzt wurden.

Wien, 26. Januar.
Heute um 21.12 Uhr wurde in familiären Kreisen Wiens ein Erdbeben verspürt, das die Fenster zum Klirren brachte. Die Seismographen zeigten starke Ausschläge. Es handelt sich um ein Rahbeben, dessen Herd in dem seit zwei Monaten nicht zur Ruhe gekommenen Gebiet von Schwadorf liegen dürfte. In Schwadorf selbst wurde das Beben fünf Sekunden lang am stärksten verspürt. Bisher sind keine Schadenmeldungen eingelaufen.

Rom, 26. Januar.
Das Städtchen Cardinale in Calabrien, das seit Jahren durch wiederholte Erdbeben betroffen wurde, ist heute wieder von heftigen Erdbeben heimgesucht worden, wodurch sieben Häuser zerstört wurden und vierzig Häuser in große Gefahr gekommen sind, da sie sich in der Bahn des langsam rutschenden Gerölls befinden. 300 Personen sind obdachlos.

Belleidtelegramm des Ministerpräsidenten Braun an den Preussischen Landtag. Wie der Antische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun dem Preussischen Landtag anlässlich des Todes des Leiters des Deutschen und Preussischen Landtages, Landrat a. D. Cassanin, zugleich im Namen der preussischen Staatsregierung das aufrichtigste Beileid ausgesprochen.

Verbreiterung der Hermannstraße in Neukölln.

Die Hermannstraße in Neukölln, zwischen Karslagerstraße, Biebrichstraße, Berliner Straße und Hohenheide, die bisher eine Breite von 25 Meter hatte, soll nach den Plänen des Städtebauamtes nunmehr auf 34 Meter verbreitert werden.

Eine Spur des verschwundenen Knaben? Das Verschwinden des 2 1/2 Jahre alten Fredo Kurze ist noch immer nicht aufgeklärt. Bei der Kriminalpolizei hat sich jetzt eine Frau gemeldet, die eine Spur von dem Kleinen gefunden zu haben glaubt.

Die Auswirkung der Reichsreaktionären Umwälzung, wie sie bei den Beratungen über das Reichsschulgesetz zutage getreten ist, zeigt sich jetzt schon in einer erhöhten Arbeitstätigkeit der freien Schulgemeinden für die Neugründung weltlicher Schulen in Berlin und in einem Zustrom neuer Anhänger zu den weltlichen Schulen.

Das Reichsbanner Schöneberg veranstaltet am Freitag, dem 27. Januar, 10 Uhr, im Blumenpark einen republikanischen Abend.

Freie Schulgemeinde Wilmersdorf. Unterhaltungsabend, Sonntag, den 29. Januar, 16 Uhr, in der Aula des Stein-Lagers, Weinstraße 21-24.

Die Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Notaufgabe 6 B. veranstaltet am Sonntag, dem 29. Januar, eine Wanderung nach Schöneberg.

Vortragsabend bei den Freunden der internationalen Kleinarbeit. Genosse A. A. Kurzwälder, der Indien auf einer längeren Studienreise kennen lernte, spricht am Freitag, 27. Januar, 19 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Bezirksvorstandsvorstellung: Sonntag, 26. Januar, 16 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses.

- 24. Abt. Spandau, Freitag, 27. Januar, 19 Uhr, in den Gärten. Kommissar: Herr 67, Politisch-Gewerkschaftlicher Abend.

- 62. Abt. Gensersdorf-Gieseler. Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes: Befähigung der ersten Sporthalle und auch der Mit-

gliebereierrichtung erfolgt an die Mitglieder und Interessenten. Sie sind bereits gemeldet haben, auch die Vor- und Nachbarn werden bekanntgegeben im 'Bourgeois' sein.

Morgen, Sonnabend, 28. Januar:

- 28. Abt. 18 1/2 Uhr bei Müller, Mühlentstr. 1. Abrechnung sämtlicher Bezugsblätter.

- 104. Abt. Johannisthal. 20 Uhr bei Schreiner, Friedriehstr. 8. Familienabend. Redaktionen, Erzählungen, humoristische Beiträge u.s.w.

- 121. Abt. Riechelsdamm. Ausschnahme 19 Uhr Funktionäre und Bildungsausschüsse bei Rindt, Am Friedriehsplatz.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 27. Januar, pünktlich 18 1/2 Uhr. Abrechnung an bekannter Stelle.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 27. Januar:

- Gruppe Schilling-Belldamm: Pünktlich 20 Uhr im Jugendheim des Arbeitervereins am Krummweg.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 24. Abt. Neukölln. Die Einbürgerung des am 23. Januar verstorbenen langjährigen Genossen Oskar Augustin, Juliusstr. 8, findet heute, Freitag, 27. Januar, 10 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Betriebsrat der öffentlichen Betriebe Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Weltweit bemüht mit einzelnen Niederlagen, langsame Abblüdung mit ziemlich seltenen noch Welt drohenden Wenden.

Funkwinkel

Der Nachmittag ist Robert Schumann gewidmet, allerdings dem Schumann des Salons, dem Romantiker, nicht dem ringenden Künstler. Dora Bernstein-Börner singt eine Reihe der bekanntesten Schumann-Lieder.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wahlversammlungen Sonntagabend, 28. Januar, pünktlich 18 Uhr, im großen Saal des Reichsbanner Prenzlauer Berg, Nordstr. 11. Dina Kuswies und Wilhelm Schickel.

Heute, Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr:

- Wahlst. 1: Schule Hallesche Str. 21. Sozialisches Fragen. - Wahlst. 1: Heim Danziger Str. 62. - Wahlst. 2: Heim Danziger Str. 71.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'

Gesellschaft: Berlin S. 14, Gieselerstr. 2722, Tel. 2 26. Sonntagabend: Die Kameraden treten zum Feiern in der Runderhebung in Berlin ein.

Typographisches Deutsches. Direktion: Ulrich Gutzwiller.

Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im Restaurant 'Zum Fahrndorfer' in Steglitz. Kreis St. 4. Generalversammlung.

Der Provinzialverband Brandenburg im Bund der Versicherungsvereine Deutschlands e. V.

Öffentliche Versammlung e. V. Mittwoch, 1. Februar, 20 Uhr, im Heim der Zentralinstitute für Erziehung und Unterricht.

Einige der beliebtesten Führer durch Blumenmärkte. Die Gartenschau des Jahres der Bundesgartenschau.

Der 'Junge Arbeiter' Generalversammlung Sonntag 20 Uhr im Saal des Reichsbanner Prenzlauer Berg.

Briefkasten der Redaktion.

Genosse 1907. Sie brauchen nicht zu erscheinen, haben aber denn Ihre Verhütung zu erwarten, sofern es sich um einen Termin zur Abfertigung des Dienstvertrages handelt.

Musikaufträge

Übersicht man nur dem Redakteur des Deutschen Arbeiterbundes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64.

WAREN IN DER WELT KEINE SENSATIONEN-AUSSTATTUNGEN! SONDERN SENSATIONEN-PREISE VERKAUF AB KOMMABEND MEIN KUNDENDIENST DIE NEUE KACHLICHKEIT BERLIN C2 SPANDAUER STRASSE KÖNIGSTRASSE GEGRÜNDET 1878

Arbeiter Sport.

Die Spiele des Sonntags.

Handball. Da am 3. Februar die Spiele beginnen, haben sich am Sonntag noch alle Mannschaften in Gesellschaftsspielen gegenüber. Schöneberg-Turner 1. und 2. Männer führt nach Kitzbühel, Rothemann besetzt Sportfeld, und Spandauer-Schwimmer-Jugend spielt in Hennigsdorf. In Reinickendorf, Schwanenstraße, spielen Groß-Berlin-Bühne 2. Jugend gegen Sparta II um 10 Uhr. Die 1. Jugendmannschaften um 14 Uhr und die 2. Männer gegen Neuland 1. Abt. um 14 Uhr. In Zehlendorf, Groß-Berlin-Sportplatz, spielen die 1. Männer gegen Kitzbühel 2. Abt. II um 10 Uhr, die 2. Männer gegen Neuland 1. Abt. II um 10 Uhr, die 1. Männer gegen Kitzbühel 2. Abt. II um 10 Uhr, die 2. Männer gegen Neuland 1. Abt. II um 10 Uhr. In Zehlendorf, Groß-Berlin-Sportplatz, spielen die 1. Männer gegen Kitzbühel 2. Abt. II um 10 Uhr, die 2. Männer gegen Neuland 1. Abt. II um 10 Uhr. In Zehlendorf, Groß-Berlin-Sportplatz, spielen die 1. Männer gegen Kitzbühel 2. Abt. II um 10 Uhr, die 2. Männer gegen Neuland 1. Abt. II um 10 Uhr.

Wer wird Fußballkreismeister?

Am kommenden Sonntag findet am Adler-Platz in der Christiani-Wiese das erste Spiel um die Kreismeisterschaft statt. Unter der Leitung des Berliner Fußballvereins tritt hier der Arbeiter-Sportklub gegen den Berliner Fußballklub an. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Kreisfussballvorfürungen am Sonntag.

Das erste Spiel um die Kreismeisterschaft findet am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese statt. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Großkampftag in Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Heute, Freitag, veranstaltet die Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde 04 in 3. Kampfsport, Fechtclubs, Ringen, Judo, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Locisfussballverein "Die Naturfreunde", Zentrale Wien.

Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Sportartell „Oberbarnim“.

Sämtliche Arbeiter-Turn- und Sportvereine des Landkreises Oberbarnim werden hiermit eingeladen, ihre Vertreter am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Verchiedenes.

Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Volkswohl-Lotterie
Ziehung 13. und 16. Februar
400000
150000
75000
50000
25000
20000
10000
H.C. Kröger A.-G.
Berlin W 1, Friedrichstr. 192-193

FASTNACHTS-GEBACK
Berliner Pfannkuchen
Krapfen
Muzen
S. Palm
Palmin
Alleinige Hersteller: H. Schirck & Co. A.-G. Hamburg

Haben Sie einmal Bohnenkaffee in einem Glas gegen's Licht gehalten?
Die Trübung des Getränkes hat Sie überrascht? Sie rührt von den ungelösten Kaffeestoffen her.
Vergleichen Sie damit Kaffee, der mit „Weber's Carlsbader“ bereitet wurde. Die Trübung ist verschwunden, der größte Teil der schwimmenden Stoffe hat sich gelöst, also gleichsam ein Wertzuwachs; denn die Kaffeebohne wird besser ausgenutzt, der Kaffeegeschmack nachhaltiger, das Getränk voller und abgerundeter.
Am besten überzeugen Sie sich selbst!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Heute, Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cinnamondamm 63-65
Vertrauensmännertagung
der Werkzeugmacher Gr.-Berlins.
Tagesordnung: Bericht von dem Verbandstag.
Wie stehen die Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedskarte legitimiert.
Die Tagesordnung.

Berlin-Verkehrsbetriebe
Zentrale Wien.
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Möbel
Schreibtisch bis 30 Planknoten, Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelstuhl, etc.
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Was speist man bei uns?
Groß-Berlin Alexanderplatz
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

KLEINE ANZEIGEN
Jedes Wort 12 Pf.
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Verkaufe
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Arbeitsmarkt
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Fahrräder
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Kaufgesuche
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Parteisekretär gesucht!
Für den Unterbezirk Fietal im Bezirk Ostaschens wird zu sofortiger Antritt ein Parteisekretär gesucht. In Frage kommen nur Bewerber, die mindestens eine fünfjährige Parteimitgliedschaft nachweisen können, die besonders organisatorische und rednerische Befähigung haben und mit der Leitung eines Bureaus, sowie mit Kassen- und Buchführung vertraut sind. Nur erstklassige Kräfte haben Aussicht, gewählt zu werden. Bewerbungen unter Angabe des Lebenslaufes, sowie mit Aufzeichnung einer Arbeit über die Aufgaben eines Parteisekretärs, sind bis zum 30. Februar 1920 an das Sozialdemokratische Bezirkssekretariat, Bresden A., Weißbierplatz 16, I, einzureichen.

Verkaufe
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Nähmaschinen
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Arbeitsmarkt
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Arbeitsmarkt
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Arbeitsmarkt
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Arbeitsmarkt
Am Sonntag, den 27. Januar, 1920, 10 Uhr, im Sportplatz, etc. Die Spiele werden am Sonntag im Adler-Platz in der Christiani-Wiese stattfinden.

Legende der sterbenden Eisenbahn

Oberflächliche „Konjunkturforschung“.

Jedesmal, wenn man von einer Einschränkung der Baupläne bei der Reichsbahn hört, wird die Öffentlichkeit nervös. Lieferantenkreise, Verleger, Arbeiterschaft, die Interessenten aller nach Verkehrserweiterung strebenden Gebiete, namentlich auch der Grenzgebiete, horchen auf: von der Entscheidung der Reichsbahn, von den Aufträgen, die sie erteilt oder aber zurückzieht, von den Verkehrsmöglichkeiten, auf deren Erweiterung man in der Öffentlichkeit rechnet.

hängt das Wirtschaftsschicksal weitester Kreise ab.

Und auch der Reparationsagent versäumt in seinen Berichten nie, die zu erwartenden oder schon vorgenommenen Investitionen der Reichsbahn als einen besonderen Faktor zu erwähnen. Man bedenke nur, daß nach kürzlichen Regierungsmitteilungen an den Reichstag folgende Bahnbauten im Jahre 1927 beantragt wurden: 39 von den Länderregierungen unterstufte Vorschläge für eine Gesamtlänge von 925 Kilometern und Gesamtbaukosten von 315 Millionen Mark und außerdem 17 sonstige Vorschläge aus Parlaments- und Wirtschaftskreisen für eine Gesamtlänge von 535 Kilometer und Gesamtbaukosten von 235 Millionen Mark. Dazu kommen noch weitere acht Vorschläge, für die die Linienlänge und die Kosten noch nicht ermittelt sind.

Durch den Bau neuer Linien sind aber die Investitionen der Reichsbahn nicht erschöpft: für Arbeiten zur Erweiterung oder Modernisierung des Wagon- oder Lokomotivbestandes, Verstärkung der Brücken, Umbau der Bahnhöfe, Kohlen der in der Kriegs- und Nachkriegszeit veräußerten regelmäßigen Erneuerungsarbeiten wurden nach Angabe des Reparationsagenten von der Reichsbahn in den Jahren 1925 bis 1927 rund 415 + 408 + etwa 500 = 1323 Millionen verwendet. So hängt — neben der Industrie — auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt von dem Bauprogramm der Reichsbahn ab.

Man möchte nun von dem vom Reich unterstützten Institut für Konjunkturforschung erwarten, daß es diese Frage mit einer besonderen Unbefangenheit und Vorsicht prüft. Statt dessen erhebt die deutsche Öffentlichkeit vor kurzem in dessen neuestem Sonderheft

„Der Güterverkehr und seine Veränderung in der Nachkriegszeit“

von Oberregierungsrat Dr. W. Teubert eine Arbeit vorgelegt, die zwar interessantes Material enthält, dieses aber in so unzulänglicher Weise durchgearbeitet, daß sie zu ganz falschen oder bestenfalls zu schlecht begründeten Schlüssen kommt. Diese Arbeit sucht zu beweisen, daß eine Erweiterung des Eisenbahnverkehrs und daher auch die Notwendigkeit von Eisenbahnerweiterungen in der nächsten Zeit nicht in Frage kommen können. Die Begründung ähnelt dabei derjenigen, der man in der ersten Zeit der Rationalisierung häufig begegnete. Wie oft hörte man damals die Behauptung, daß die neuen technischen Ersparnisse zu einem dauernden Abbau der Arbeitskräfte, zu einer dauernden Arbeitslosigkeit führen müßten. Ebenso glaubt der Verfasser des Sonderheftes, daß die neuen technischen Fortschritte, die zunächst einmal der Reichsbahn einen Teil ihrer Frachten wegnehmen, die Eisenbahn auch auf die Dauer „arbeitslos“ machen müßten. Er vergißt dabei, daß die allgemeinen technischen Fortschritte zu einer Steigerung der Bedürfnisse und somit zu einer Steigerung der absoluten Verkehrsmenge führen müssen. Teubert schätzt folgende Transportersparnisse für 1925 gegenüber 1913:

Transport von Koks statt Kohle	1 Mill. Tz. Frachterparnis
Transport von Del statt Kohle	1 „ „ „
Berbrauch von Wassertrakt statt Kohle	2 „ „ „
Stromerzeugung auf den Sehen statt Kohlentransport	5 „ „ „
Hochwertige statt minderwertige Erze	2 „ „ „
Hochwertiger statt minderwertiger Kunstdünger	2 „ „ „
Zusammen	13 Mill. Tz. Frachterparnis

Auf diese Weise werden 25 Proz. des von Teubert festgestellten gesamten Güterverkehrsrückganges von 1913 bis 1925 erklärt. In dieser Richtung müßte seiner Meinung nach die Entminderung auch weiter gehen. Man dürfe höchstens erwarten, daß sich der Eisenbahnverkehr etwa dem Bevölkerungszuwachs anpaßt, und dieser wird voraussichtlich in den nächsten 5 Jahren nur 5 Proz. betragen.

Technischer Fortschritt — größere Nachfrage — Verkehrssteigerung!

Die Möglichkeit, daß die Bevölkerung nicht nur wächst, sondern auch stärkere Bedürfnisse entfaltet, daß also das Volk reicher wird, wird vom Gewährsmann des Konjunkturforschungsinstituts gar nicht in Betracht gezogen. Das Steigen des Volkseinkommens, das in den letzten 100 Jahren in allen Ländern der kapitalistischen Welt selbstverständlich Regel war, soll also nicht mehr zu erwarten sein! Und dies gerade angesichts der großen technischen Umwälzungen, die der Verfasser ja selbst andeutet!

Der Uebergang zu hochwertigem Kunstdünger bedeutet unserer Meinung nach nicht nur ein Sinken der Düngerverladungen, sondern gleichzeitig auch das Wachsen des Bodenertrages, daher das Steigen des Agrargüterverkehrs und letzten Endes wohl auch das Wiederanstreigen der Düngerverladungen selbst. Und ebenso hat ja die Bewertung der Wasserkräfte sicherlich zum Ziel, nicht nur den Kohlenverkehr einzuschränken und damit der Eisenbahn Unannehmlichkeiten zu bereiten, sondern gleichzeitig auch die Industrie zu fördern, was wiederum — unmittelbar oder mittelbar — eine steigende Inanspruchnahme der Verkehrsmitel bedeutet. Die unserer Meinung nach vorübergehende — Einschränkung des Eisenbahnverkehrs durch die neuen Formen der Energieverwertung wird übrigens von Teubert in ganz unzulässigem Maße überschätzt. So hat z. B. die Errichtung des

neuen Kraftwerkes Klingenberg

die Kohlentransporte nicht vermindert, sondern vermehrt, und zwar in der neuen Form des billigen Feinkohlentransportes in Großgüterwagen. Er hat schließlich ganz vergessen, daß die technischen Fortschritte auch an der Eisenbahn nicht ganz wirkungslos vorbeigehen, daß z. B. eben der Großgüterwagenverkehr oder etwa die neuen, Material sparenden Baumethoden (Verwendung von Sonderflächeln) eine Verbilligung der Transportkosten, also eine mögliche Herabsetzung der Tarife und Erweiterung des Verkehrs bedeuten.

Selbstverständlich werden sich die neuen Formen des Energie-transportes (Fernleitungen statt Kohlentransport) und des Güterverkehrs (Lastkraftwagen) in den Grenzen ihrer Rentabilität behaupten und erweitern. Auf die Dauer braucht es aber nicht auf Kosten der Eisenbahn zu geschehen, wenn die Eisenbahn selbst in ihrer Bau- und Tarifpolitik modern bleibt. Es müßte schon schlüssigeres Material vorliegen als das von Herrn Teubert angeführte, um einen wirklich drohenden Niedergang der Eisenbahn festzustellen. Herr Teubert führt seinen Nachweis ausschließlich auf Grund der Zahlen der verladenen Gewichte (Tonnen), nicht auf Grund der Leistungen der Eisenbahn (Tonnen-Kilometer). Diese Beweisführung ist aber

für die Beurteilung der Ausbautage falsch.

Denn die Belastung der Eisenbahnstrecke oder des rollenden Materials hängt nicht allein von den verladenen Tonnen, sondern auch von den Transportleistungen ab. Höchstens die eigentlichen Be- und Entladevorrichtungen, bestimmte Teile der Bahnhöfe usw. werden in ihrer Belastung von dem Tonnengewicht allein abhängig sein. Nun haben sich seit dem Krieg die durchschnittlichen Entfernungen stark vergrößert, so daß die Zahl der Tonnenkilometer trotz der gestunkenen Tonnenzahl gestiegen ist. In Deutschland hängt es wohl in erster Linie mit der Einführung des Staffeltarifs zusammen, wodurch die Eisenbahn die Tarife der wirtlichen Belastung angepaßt hat. Aber auch z. B. in England läßt sich der gleiche Prozeß feststellen:

Deutschland	Tonnenbes.- Güter	Tonnen- Kilometer
Monatsdurchschnitt 1913	38,9 Mill.	4774 Mill.
1925	24,1 „	4969 „
1926	36,5 „	5399 „
Juli 1927	41,8 „	6041 „
August 1927	42,2 „	6203 „
September 1927	42,7 „	6304 „
Oktober 1927	46,4 „	6682 „
Großbritannien		
Monatsdurchschnitt 1913	30,9 Mill.	1728 Mill.
1924	28,4 „	2597 „

Im übrigen muß man noch zweierlei im Auge behalten: einmal die Tatsache, daß man infolge der Steigerung des Verkehrs von Fertigwaren mit der Zunahme von sperrigen Gütern rechnen muß; für die Anforderung an das rollende Material ist es aber ziemlich gleichgültig — man muß also auch bei gleichbleibender Tonnenkilometerzahl mit steigender Wagonzahl rechnen. Zweitens haben sich die Reichsbahninvestitionen nach den Konjunkturkurven zu richten und nicht nach dem durchschnittlichen Bedarf. Wenn also das Jahr 1927 als ein Jahr guter Konjunktur besonders hohe Leistungen aufgewiesen hat, so muß die Reichsbahn auch für die Zukunft zur Erfüllung mindestens gleicher Leistungen stets bereit sein, auch wenn die durchschnittlichen Leistungen darunter liegen würden. Denn sonst versagt dieses Verkehrsmittel, wie es in der Zeit des englischen Kohlenstreiks in Deutschland auch wirklich beinahe der Fall war.

Politische Verantwortung.

Das Institut für Konjunkturforschung müßte sich endlich doch klar machen: seine Sonderhefte werden nun einmal von der Öffentlichkeit nicht als harmlose Doktorarbeiten gemietet, sondern die Prognosen, die in ihnen aufgestellt werden und die Schlussfolgerungen, die in ihnen gezogen werden, haben, ohne daß immer in die notwendige Qualitätsprüfung eingetreten wird, für die offizielle Wirtschaftspolitik leicht richtunggebenden Einfluß. Alles, was von diesem Institut herausgegeben wird (auch wenn die Verantwortung des Instituts formell durch die Unterschrift des Verfassers gemindert wird), muß daher wegen der großen Verantwortung ein ganz besonders hohes wissenschaftliches Niveau aufweisen. Sonst droht dem Institut das Schicksal, nämlich in eine Publikationsanstalt für Doktorarbeiten sich zu verwandeln, die ja vielfach nicht zu Unrecht als „Makulatur“ gewertet werden.

Elektrofriede Preußen — Reich.

Wie wir erfahren, wurden die lange geführten Verhandlungen zwischen den Reichselektrowerken und der Preussischen Elektro A.G., die den dauernden Konflikt in der öffentlichen Elektrowirtschaft durch einen Vertrag schlichten sollten, jetzt erfolgreich beendet. Die Einzelheiten des Vertrags- und Friedensschlusses werden heute bekanntgegeben werden.

Milliardenentlastung bei der Reichsbank

Innerhalb drei Wochen. — Was wird folgen?

Der Wochenausweis der Reichsbank zum 23. Januar zeigt eine neue sehr starke Entlastung der Reichsbank in Kreditgewährung für Banken und Wirtschaft. Die Bestände an Wechseln sind um 252,8 auf den zur gleichen Zeit früherer Monate selten erreichten niedrigen Stand von 2078,1 Millionen zurückgegangen. Nach einem Rückgang um 9,7 Millionen betragen die Lombarddarlehen nur 23,5 Millionen. Die fremden Gelder auf Girokonto haben eine weitere Zunahme um 52,9 auf 708,0 Millionen erfahren. Die damit verbundene starke Verringerung aller Konten, die den Rotenlauf beeinflussen, hat auch den Umlauf von Geldscheinen der Reichsbank erheblich gesenkt. Der Banknoten-umlauf ist um 245,3 auf 3682,6, derjenige an Rentenscheinchen um 38,9 auf 606,1 Millionen zurückgegangen. Die Goldbestände sind mit 1863,4 Millionen nur um 0,6 Millionen verringert, die Bestände an bedeckungsfähigen Devisen mit 306,4 Millionen um 20,3 Millionen erhöht. Die Deckung der Noten ist durch die entgegengesetzte Bewegung der Kreditgewährungskonten und der Noten- und Deckungsbestände erheblich verbessert. Die Notendeckung durch Gold stieg gegenüber der Vorwoche von 47,5 auf 50,6 Proz., diejenige durch Gold und bedeckungsfähige Devisen zusammen von 54,7 auf 58,9 Proz.

Seit dem 1. Januar, der allerdings eine außerordentlich starke Beanspruchung der Reichsbank gebracht hatte, sind sowohl die

Wechselbestände als auch der Rotenlauf um rund je eine Milliarde gesunken. Eine derartig riesenhafte und schnelle Entlastung dürfte noch in keinem Monat zu verzeichnen gewesen sein. Der Stand der Reichsbank ist glänzend, wenn man ihre Entwicklung unabhängig von der Wirtschaft betrachtet. Aber er ist gefährdend für die Wirtschaft, denn deren geringer Geldbedarf verrät sehr schon die Folgen der schachtschen Politik, die Entwicklung der deutschen Konjunktur mit allen Kräften zu droffeln. Hoffentlich haben wir nicht allzu bald die traurige Gelegenheit, die Folgen dieser Politik konstatieren zu müssen!

Für Phoebus-Moloch noch 500 Arbeitslose.

Der Chemietrust legt die Lignose GmbH. still.

Bevor die Phoebus A.G. durch die öffentliche Aufhellung des Standals in Schwierigkeiten gekommen war, hatten die früheren schlesischen Herren der Lignose Film G. m. b. H. das Lieferungsrecht von Rohfilmen für die Phoebus A.G. zusammen mit einer Beteiligung an der Phoebus erworben. Seit die Phoebus in Schwierigkeiten gekommen ist, hat die A. G. Farbenindustrie A.G., der deutsche Chemietrust, die Freiheit und damit die Herrschaft über die Lignose Film A.G. erworben.

Damit erlangt er auch die Herrschaft über einen der wenigen Konkurrenten (neben der Glanzfilm A.G., die zu den Vereinigten Glanzstoffwerken gehört), die dem Filmproduzenten des Chemietrusts, das ist die Berliner Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa) das Leben noch sauer machte. Diese Transaktion hat jetzt eine bei kapitalistischen Verbrüderungsfeiern nach großen Plekten nicht mehr ungewöhnliche Folge: die Fabrik der Lignose Film G. m. b. H. in Büchen wird stillgelegt. Zum 4. Februar wird die erste Hälfte der Belegschaft von 500 Mann gekündigt, am 18. Februar folgt die Kündigung für die zweite Hälfte. Die Filmlieferungsverträge wandern nämlich zur Agfa.

Der Chemietrust kam jubeln, der Konkurrenz ist tot, um die 500 entlassenen Arbeiter der stillgelegten Lignosefabrik braucht er sich nicht zu kümmern. Auch die Werkmeister fliegen bis zum letzten Mann auf die Straße. So wird das Ergebnis des Phoebus-Standals immer tiefer: das Reich verpulvert 8 bis 10 Millionen, es fördert die monopolistische Beherrschung in der Filmerzzeugung, und 500 Arbeiter und Angestellte kommen von der Arbeit aus Pflaster.

Der berühmte Sämisch-Bericht, der der Öffentlichkeit über den Hintergrund dieser Vorgänge Klarheit geben soll, liegt aber immer noch bei den geheimsten Akten. Man wird sich wohl bald in der ganzen Öffentlichkeit überlegen müssen, ob man nicht Wege finden muß, verantwortliche Beamte, die im Dienst leistungsfähig der Volkswirtschaft derartige Schäden zufügen, nicht nur mit ihrer Stellung, sondern auch mit ihrem Vermögen und eventuell mit ihrer Freiheit für ihre Handlungen haftbar zu machen.

Das Kartellbrett vor der Stirn.

Zementindustrie fürchtet eine Krise.

Der vom Deutschen Zementbund veröffentlichte Jahresbericht für 1927 klingt reichlich gedrückt, obwohl die Zementindustrie mit dem letzten Jahr sehr zufrieden sein mußte. Der gute Baumarkt, der starke Bedarf für Industriebauten hat zu einer 20prozentigen Steigerung des Zementumsatzes auf 7,3 Millionen Tonnen geführt, an dem die gleichfalls gestiegene Ausfuhr mit 1,15 Millionen Tonnen beteiligt war. Der scharfe Rückschlag im November und die gänzliche Flaute im Dezember und im Januar, die nicht nur auf die Frostperiode zurückgeführt werden kann, scheint den Zementherren aber doch in die Glieder gefahren zu sein. Dazu kommt, daß die Ausfuhr für die kommende Baufaison ungünstig sind. Der Wohnungsbau wird durch die noch nicht gelöste Finanzierungsfrage sehr gehemmt sein, in der Industrie ist der Bedarf an Neubauten größtenteils bedrängt und von der öffentlichen Hand ist dank der schachtschen Kreditdrohung zunächst nichts zu erwarten. So sieht die Zementindustrie, die unter dem Schutz ihrer Kartelle bisher auf sehr hohem Pferd saß, die Lage recht pessimistisch an.

Anstatt daß die maßgebenden Stellen aber aus der wirklich nicht rosiggen Lage die einzig mögliche Folgerung ziehen, durch eine Preisermäßigung den Absatz zu beleben, begnügen sie sich, auf die erhöhten Unkosten, besonders natürlich die Lohnlasten, und die überflüssigen Neugründungen hinzuweisen, die den nur zu 60 Proz. der Leistungsfähigkeit ausgenutzten Kapazitäten das Leben so erschweren. Was die erhöhten Unkosten angeht, so ist festgestellt, daß durch Rationalisierung die Unkosten gegenüber 1913 bis zu 50 Proz. gesenkt werden konnten, die durchschnittliche Leistung des Arbeiters sich um 42 Proz. hob, dagegen der Anteil der Abne und Sozialabgaben am Produkt seit 1913 sich nur von 16,6 auf 18,3 Proz., also um 10 Proz. erhöhte. Dagegen sind die Preise seit 1913 von 29 M. ab Wert auf 38,80 M. je Tonne, also um rund 35 Proz. gestiegen!

Überflüssig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die starke Aufenseiter- und Neugründungsbewegung in der Zementindustrie nur aus der durch Ueberpreise überhöhen Ante dieser Industrie zu erklären ist. Die Zementindustrie sieht die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt richtig, zieht jedoch — das Kartellbrett vor der Stirn — nicht die richtigen Konsequenzen daraus. Den Zementkartellen scheint eine Krise lieber zu sein, als eine Senkung ihrer Preise. Mögen sie ihr mit hohen Preisen entgegen-treiben. Die Belegschaften werden sich nicht dazu hergeben, die Krisenkosten zu tragen.

Der Güterverkehr steigt wieder.

In der Woche zum 14. Januar hat sich die arbeitsfähige Wagen-gestellung der Reichsbahn von 124 300 in der Vorwoche auf 138 000 erhöht.

Tabelle: Ueberblick seit November (in 1000 Stück)				
Woche	wöchentlich	1927/28	1927/28	1926/27
		absolut	pro Arbeitstg.	pro Arbeitstg.
27. 11. — 3. 12.	985,4	907,2	164,2	151,2
4. 12. — 10. 12.	945,8	881,0	157,6	146,8
11. 12. — 17. 12.	926,0	872,4	154,3	145,4
18. 12. — 24. 12.	794,1	794,7	132,4	132,5
25. 12. — 31. 12.	652,7	602,0	130,5	120,4
1. 1. — 7. 1. 28.	746,1	721,3	124,3	120,2
8. 1. — 14. 1. 28.	827,7	778,1	139,0	120,7

Wie die Tabelle erkennen läßt, entspricht diese Steigerung, das zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr, einer saisonmäßigen Bewegung. Die Zunahme ist aber erheblich stärker. Jedenfalls liegt trotz der erheblich größeren Hemmung des Güterverkehrs durch den Frost in der zweiten Januarwoche die Wagenstellungsgewinn schon um 8000 Wagen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Justiz und Volk.

Zunehmende Entfremdung. — Bürgerblockgeständnis im Reichstag. — Raht gegen Reichstagsauflösung.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des Haushaltsplans für das Reichsjustizministerium fort. Abg. Dr. Boff (S.) stellt mit Bedauern fest, daß zwischen Volk und Justiz die Entfremdung ständig zunehme. Es sei daher dringend geboten, nicht nur die Reichsgerichtsbarkeit der Justizorgane zu reformieren, sondern auch die Rechtsprechung des deutschen Volkes wieder herzustellen. Von der letzten Haager Tagung für internationales Privatrecht erwarte man wesentliche Fortschritte in der Rechtsverständigung der beteiligten Kulturnationen hinsichtlich der Regelung der internationalen privatrechtlichen Normen. Das Gleiche sei von der Sommertagung in Rom für internationales Urheberrecht zu erhoffen. Ueber die Ausgestaltung des internationalen Strafrechts bestche bei den einzelnen Staaten heute leider noch ein buntes Durcheinander, und es werde eine lohnende Aufgabe sein, eine möglichst gleichmäßige Behandlung der Verbrechen im Ausland herbeizuführen. Das geltende Völkerrecht weise große Lücken auf, die im Wege der Vereinbarung zu schließen seien.

Mit dem in der sittlichen Rechtsidee begründeten Kulturrecht sei aber die Aufrechterhaltung einer fremden Belohnung schlechtdings unverträglich. Mitten im Frieden sollen Millionen deutscher Bevölkerung im Rheinlande fremdem Recht überliefert bleiben. Völkerrecht und Rechtsfriede drängen heftig auf Befestigung dieses unverträglichen Zustandes.

Der Redner lehnt den Vorschlag, das Reichspatentamt an das Reichswirtschafts- oder das Reichsverkehrsministerium abzugeben, ab. Der Gedanke einer Vereinfachung der Justiz lasse sich aus dem gesamten Proporzkomplex der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und der Verwaltungsreform nicht herausgreifen. Es gelte jetzt, die Gesetzgebungsorgane einigermassen zum Stillstand zu bringen. Die zweite Reformaufgabe bestche in der notwendigen Kodifikation des geltenden Rechts, wobei es sich vor allem auch um eine zeitgemäße Umgestaltung des Aktienrechts und wichtiger Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches handele. Zur Frage der Vertrauenskrise in der Justiz setze sich der Redner ausdrücklich für die Unabhängigkeit und Gewissenhaftigkeit der Richter ein, die aber auch gegen Mißgriffe und Fehlurteile in ihren Reihen energig Stellung nehmen müßten. Den Wunsch nach Einschränkung der politischen Prozesse teile er, glaube aber, daß die Hochflut von Prozessen vorüber sei, weil die Republik ihre schwersten Stürme hinter sich habe.

Zum Fall Clah

erklärte der Redner, er habe sich seinerzeit als Reichsjustizminister über diesen Fall ebenso, wie über die anderen hochpolitischen Prozesse fortlaufend eingehend berichtet lassen und namentlich auch mit dem Oberreichsanwalt sehr gründliche und ernste Aussprachen darüber gehalten. Diese Aussprachen verfolgten einmal den Zweck der Information und weiter, den Oberreichsanwalt, in dessen volle Verantwortung und Selbständigkeit nicht eingegriffen werden sollte, darin zu stärken, daß auch der Fall Clah mit strengster Unparteilichkeit und Gründlichkeit, ohne jegliche Rücksicht auf irgend welche Personen oder Parteien, bearbeitet werde.

Abg. Dr. Raht (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses über die Strafrechtsreform. Die gedruckten Ausschussprotokolle sollten der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Verhandlungen mit Oesterreich hätten einen erhellenden Verlauf genommen. Das bisherige Ergebnis sei die Verständigung über den ganzen allgemeinen Teil. Das umstrittene Problem der Todesstrafe sei bisher zurückgestellt worden. Die Strafrechtsreform soll aber nicht das einzige und letzte Ziel der deutsch-oesterreichlichen Rechtsangleichung sein. Gegenwärtig wird an der Vereinheitlichung des Aktienrechts gearbeitet. Die Rechtsangleichung ist nur ein Ausdruck der historisch begründeten, tatsächlich bestehenden und durch keinen Akt der Willkür aufzuhaltenden Geisteseinheit der beiden Länder.

Eine Schlußsitzung für die Strafrechtsreform wäre die Auflösung des Reichstags. Das Ziel der Strafrechtsreform würde auf eine ganz unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn es nicht gelingt, es in dieser Legislaturperiode zu vollenden. (Hört, hört!)

Daran würde nichts zu ändern sein, etwa durch ein Uebergangsgesetz. Die Rechtsseinheit mit Oesterreich wäre dann aufs äußerste gefährdet. Es gibt natürlich politische Situationen, die ohne Rücksicht auf ein großes Gesetzgebungsziel die Reichstagsauflösung erfordern. Ich kann aber jetzt keine hochpolitischen Gründe finden, die die Hinausschiebung der unauflösbaren Strafrechtsreform rechtfertigen könnten.

Der Fall Clah und die Verhältnisslosigkeit Clah werden offenbar sehr überschätzt. Ich habe aus dem Studium der Akten weniger den Eindruck der Gefährlichkeit, als den der Lächerlichkeit, Dummheit und Minderwertigkeit gewonnen.

Aus Artikel 48 der Reichsverfassung kann selbstverständlich nicht die Befugnis abgeleitet werden, die Verfassung selbst außer Wirkung zu setzen. Wenn die Entrüstung über diesen Fall nicht größer war, so lag das wohl daran, daß sie kompliziert wurde durch die Entrüstung über die geradezu unsinnige Hausführung bei meinem Parteifreund Bögel. Mißgriffe von Richtern können vor und die Richter müssen sich auch Kritik gefallen lassen. Ich wende mich nur gegen den immer wiederholten generellen Vorwurf einer deutschen Klassenjustiz. Die zweifellos vorhandenen Gebrechen der Justiz können nur allmählich überwunden werden. Sie liegen zum Teil darin begründet, daß der gesetzlich-inhaltliche Prozeß des Uebergangs in die neue Zeit noch nicht abgeschlossen ist. Zu seiner Beschleunigung können auch die Republikaner viel beitragen, wenn sie sich darum bemühen, daß diese Republik auch von den Anderdenkenden allmählich als ein wohlhabendes Vaterland empfunden wird. Notwendig ist eine Einschränkung der gesetzgeberischen Ueberproduktion und eine grundlegende Reform der Reichstagsauschüsse. Die Frage der Rechtsangleichung innerhalb der Länder sollte noch vor

der Lösung des Gesamtproblems des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern geregelt werden. In dem Ziel, den deutschen Einheitsstaat zu schaffen, sei der Redner mit Dr. Ermer einig, er unterscheide sich von ihm nur im Tempo. Bismarck habe zweifellos in seiner eigenen Verfassung nicht den letzten und höchsten Ausdruck der deutschen Einheit gesehen.

Inzwischen ist ein kommunistischer Wählvereinsantrag gegen den Reichsjustizminister eingegangen. Gegen 16½ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 14 Uhr, vertagt.

Die Kosten des Schulgesetzes.

Das Kompromiß der Regierungsparteien angenommen. Einmalige Beihilfe des Reiches; Durchführung in spätestens zwei Jahren.

Der Bildungsausschuss des Reichstags nahm am Donnerstag unter Ablehnung aller sozialdemokratischen Abänderungsanträge zur Kostenfrage folgenden Kompromißantrag der Regierungsparteien an:

1. Zur Bestreitung von Mehrkosten, die infolge der Durchführung dieses Gesetzes den Ländern und Gemeinden erwachsen, stellt das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe zur Verfügung.

2. Ueber die Verwendung der Mittel und den Zeitpunkt ihrer Verteilung entscheidet die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat.

Im Verlauf der ausgiebigen Debatte stellte der Senator des Freistaates Hamburg, Krause, unter anderem noch fest, daß die dauernden Ausgaben für die hamburgische Schulverwaltung nach einer sorgfältig aufgestellten Berechnung 1 150 000 Mark betragen. Hamburg habe ein Defizit von 20 Millionen Mark, ohne zu wissen, wie es gedeckt werden soll. Hamburg sei andererseits nicht dafür, daß das Reich die Kosten für die Ausführung des Reichsschulgesetzes übernehme, denn dann würde es die Kosten für die anderen Länder mit zu bezahlen haben. Schließlich müsse aber Klarheit darüber geschaffen werden, wer die Kosten zu tragen hätte. Es sei notwendig, in dem Gesetz selbst festzulegen, woher die Länder die Mittel nehmen sollen.

Der Ausschuss nahm dann noch den § 19 des Reichsschulgesetzes in folgender Fassung der Regierungsparteien an: „Die Länder haben die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften so rechtzeitig zu erlassen, daß spätestens zwei Jahre nach seiner Verkündung mit der Durchführung begonnen werden kann.“

Die Aussichten des Schankstättengesetzes

Teilweise Einigung von Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationalen. Gegenfront: Volkspartei, Wirtschaftler, Bayern, Demokraten.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat die Beratung des Schankstättengesetzes begonnen, ohne in den ersten drei Sitzungen auch nur den § 1 verabschieden zu können. Es liegen schon 35 Anträge vor, und es ist anzunehmen, daß die Beratung monatelang in Anspruch nehmen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch die Genossen Sollmann, Krähig und Robert Schmidt zu § 1 beantragen:

1. das sogenannte Gothenburger System, das gemeinnützige Vereine zur Bekämpfung des Alkoholismus und Gemeinden bei der Konzessionserteilung bevorzugen will.

2. Konzessionsfreiheit für Speisewirtschaften und alkoholfreie Wirtschaften.

3. Ein nach den örtlichen Verhältnissen abzustufendes Verhältnis zwischen der Zahl der Schankstätten und der Bevölkerungszahl festzusetzen, das unter die Verhältniszahl 1:400 im allgemeinen nicht heruntergehen darf.

Zahl kommen in Preußen schon auf etwa 220 Einwohner eine Schankstätte oder ein Kleinhandel mit Branntwein.

Auch das Zentrum und die Deutschnationalen haben die Einführung einer Verhältniszahl beantragt, da der Begriff „Bedürfnis“ zu dehnbar ist und weit über das Bedürfnis hinaus Konzessionen bewilligt werden sind. Außerdem haben Zentrum und Deutschnationale die Konzessionsierung des Flaschenbierhandels beantragt, während die Wirtschaftliche Vereinigung die Lebensmittelgeschäfte, soweit sie nur nebenher Flaschenbier verkaufen, von der Konzessionspflicht befreien will. Die Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung bekämpfen das Gothenburger System und die Verhältniszahl.

Die sozialdemokratischen Vertreter äußerten gegen die allgemeine Konzessionsierung des Flaschenbierhandels Bedenken, da man dadurch nicht gerade wenige große Flaschenbierspezialgeschäfte begünstigen werde, die mit allen Mitteln der Propaganda den Haushaltungen Flaschenbier aufdrängen würden.

Der Ausschuss scheint nach dreitägiger Beratung von einer allgemeinen Konzessionspflicht von Flaschenbier absehen zu wollen, jedoch geneigt zu sein, den speziellen Flaschenbierhandel konzessionspflichtig zu machen.

Für die Einführung einer Verhältniszahl zwischen Schankstätten und Bevölkerungsziffer setzen sich Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale mit großem Nachdruck ein, während Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Bayerische Volkspartei und Demokraten diese Ergänzung des Gesetzes bekämpfen.

Weiterberatung Dienstag, 31. Januar.

Aus der Partei.

Ein Vorkämpfer der argentinischen Arbeiterbewegung ist in Dr. Juan B. Justo am 8. Januar 1928 in Buenos Aires gestorben. Er war 1863 in der Hauptstadt geboren, widmete sich dem medizinischen Beruf und studierte einige Jahre in Wien und Paris. Nach seiner Heimkehr erhielt er eine Lehrstuhl für Medizin an der Universität von Buenos Aires, die er von 1890 bis 1905 innehatte. 1892 gründete er mit einigen Anderen die sozialistische Gruppe in Buenos Aires, die die Elemente verschiedener schon früher bestehenden, unzusammenhängenden linken Gruppen (beispielsweise des Deutschen Normwärts-Klub, der 1882 zur Propagierung des Programms der deutschen Sozialdemokratischen Partei gegründet worden war) zusammenschloß. 1893 schritt die Gruppe an die Herausgabe einer Zeitung „El Socialista“, die jedoch nur kurze Zeit bestand. Ein Jahr später gründete die Gruppe die Tageszeitung „La Vanguardia“, die auch heute noch das Organ der Partei ist und eine ganz außerordentliche Entwicklung genommen hat. Dr. Justo

wurde ihr erster Herausgeber und Chefredakteur. Als 1895 eine Zahl sozialistischer Organisationen sich auf ein gemeinsames Minimalprogramm für die Wahlen im folgenden Jahr einigten, war Dr. Justo einer der Parlamentarierkandidaten. Er gehörte dem Parlament lange an und war zuletzt Senator für die Provinz Buenos Aires, ein begabter Redner und Journalist und veröffentlichte eine große Zahl Arbeiten über die Theorie und Praxis des Sozialismus. Dr. Justo hat die argentinische Sozialistische Partei bei verschiedenen internationalen Kongressen vertreten — er war Vizepräsident der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Bern 1919 — und führte noch den Vorsitz bei dem letzten Parteitag in Buenos Aires im Oktober 1927.

Die Egefusie der Internationale ist für den 25. und 26. Februar nach Zürich einberufen. Im Mittelpunkt der Beratungen werden die Vorbereitungen für den Kongress in Brüssel am 5. August und folgende Tage stehen. Am 21. Februar tritt die Abrüstungskommission am 23. Februar die Kolonialkommission und am 24. Februar das Bureau der SWJ. zusammen.

Ein Schritt zum Wirtschaftsfrieden?

Die Verhandlungen in England.

(GBB.) Am 12. Januar fand die erste gemeinschaftliche Beratung des Generalrates des britischen Gewerkschaftsbundes mit einer aus 27 industriellen Vertretern bestehenden Gruppe statt, die zu dieser Konferenz den Anstoß gegeben hatte.

Die Unternehmer legten die Hauptpunkte eines Programmes dar, die nach ihrer Meinung die Grundlage für eine zweimäßige Zusammenarbeit bilden könnten. Als einer dieser Punkte wurde die Arbeitslosigkeit bezeichnet, und zwar nur jene, die als eine Folgeerscheinung von im Interesse der Prosperität der Industrie durchgeführten Methoden, d. h. der Rationalisierung angesehen ist. Es wurden verschiedene Vorschläge über die praktische Form dieser Zusammenarbeit gemacht, die auf eine größere Beweglichkeit auf dem Arbeitsgebiet sowie auf Durchführung eines Unterhaltungsplans abzielen. Andere Vorschläge betrafen Untersuchungen und Beratungen über die Sicherheit, die Lage, die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung, die Verwirklichung des gewerblichen Unrechts der Arbeiter, Untersuchungen über die Auswirkungen der staatlichen und Gemeindesteuern auf die industrielle Entwicklung, die Ursachen der Arbeitskonflikte und die besten Methoden ihnen entgegenzuwirken, sowie den Anteil der Arbeiter nicht nur auf der Grundlage eines prozentual festgesetzten Lohnes, sondern in Form einer Teilhaberschaft an den Ergebnissen der Industrie, und schließlich die Errichtung eines permanenten Ausschusses, der die Aufgabe haben soll, von Zeit zu Zeit über industrielle Fragen zu beraten.

Der Präsident des britischen Gewerkschaftsbundes, Ben Turner, gab gegenüber dieser Anregungen in seiner Antwort die Hoffnung Ausdruck, daß die Unternehmer sich in klarer Weise darüber äußern würden, welche Schritte zu unternehmen sind, um den angenommenen Prinzipien die größtmögliche Unterfertigung und wirkungsvollste Durchführung zu sichern. Wenn der Generalrat auch keine derartigen Befugnisse habe, um eventuelle Vereinbarungen ohne weiteres durchzuführen, so könnte er gleichwohl vieles zu ihrer praktischen Geltendmachung beitragen.

Ein Haupthindernis für das Zustandekommen des Wirtschaftsfriedens ist ohne Zweifel die mangelhafte Arbeitgeberorganisation. In der Tat hat auch der Vertreter der Industriellen, Sir Alfred Mond, in seiner Rede betont, daß die Unternehmer hier nur als einzelne Personen und nicht als Vertreter von Arbeitgeberorganisationen auftreten. Die britischen Gewerkschaften haben wiederholt die bittersten Erfahrungen mit dieser vagen Zusicherung gemacht, die gegeben wurden, ohne daß die betreffenden Personen mit der nötigen Autorität im Namen der betreffenden Industrie sprechen konnten. Die Maßregelungen in der Kohlenindustrie, sowie die gerade jetzt von der Textilindustrie gemachten Vorschläge auf Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit, um wieder einmal die Arbeiter für die „ungeordneten Finanzen“ und die Mißwirtschaft bluten zu lassen, sind im übrigen nicht eben dazu angehen, auf den projektieren „Wirtschaftsfrieden“ allzu große Hoffnungen zu setzen.

Die deutsche Sprache.

Beim Internationalen Arbeitsamt noch unbekannt.

Die Presseberichte des IGB. bringen jetzt den Wortlaut des Beschlusses, der auf Antrag des englischen Ausschussmitgliedes Genossen Hicks des IGB. von der jüngsten Ausschusssitzung in Berlin einstimmig gefaßt wurde:

„Die am 19. Januar in Berlin abgehaltene gemeinsame Sitzung des Ausschusses des IGB. und der internationalen Berufssekretariate hält es für wünschenswert, daß die deutsche Sprache bei der Herausgabe aller Publikationen des Internationalen Arbeitsamtes sowie in den Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisationen zur offiziellen Sprache erhoben wird.“

Wir halten dies auch für wünschenswert und sind der Meinung, daß der Boykott über die deutsche Sprache nun endlich aufgehoben werden könnte.

Propaganda für den IGB.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich in der letzten Zeit mit einer Reihe nicht angeschlossener Länder in Verbindung gesetzt, um die einem Anstoß entgegenstehenden Gründe in Erfahrung zu bringen. Die von verschiedenen Bundeszentralen (Griechenland, Vereinigte Staaten, Irland, Mexiko, Portugal und Indien) bereits erteilten Antworten geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß man durch weiteren Meinungsaustausch bald zu den gewünschten Resultaten kommen wird.

Erfreuliche Fortschritte sind auch im Ausbau der Berufsinternationalen erzielt worden. Der IGB. hat sich in Uebereinstimmung mit dem von der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate angenommenen und später vom Kongress des IGB. bestätigten Beschluß zur Förderung des Anschlusses der Berufsverbände der einzelnen Länder an die entsprechenden Berufsinternationalen mit den Bundeszentralen in Verbindung gesetzt und dabei auch hier die Anschlußfrage ein gut Stück vorwärts gebracht. Auch in Zukunft wird das Sekretariat dieser grundlegenden Organisationsarbeit besondere Aufmerksamkeit schenken.

Vor der Aussperrung in Schweden.

Der im großen Zellulosekonflikt in Schweden von der Regierung formulierte Schlichtungsvorschlag ist von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Am Montag wird also die angekündigte Aussperrung in dem größten Teil der schwedischen Sägewerkindustrie in Kraft treten. Die Aussperrung umfaßt gegen 50 000 Arbeiter.

Lohnforderungen der englischen Maschinenbauer.

London, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Die Gewerkschaften der britischen Maschinenbauindustrie beschloßen am Donnerstag, für sämtliche in der Maschinenbauindustrie tätigen Metallarbeiter eine Lohn-erhöhung von 8 Schilling (8 M.) pro Woche bzw. ohne dieser Lohn-erhöhung entsprechende Herabsetzung der Stafford-erhöhung zu fordern. Ein entsprechender Antrag soll schon in den nächsten Tagen an die Industriellen gerichtet werden.

Die französischen Eisenbahner beim Arbeitsminister.

Paris, 26. Januar.

Heute begab sich eine Delegation des Eisenbahnerverbandes zum Arbeitsminister Lardieu, den sie über die Unzufriedenheit der Eisenbahner mit der Lohnregelung, die den berechtigten Forderungen nicht entspricht, unterrichtete. Der Eisenbahnerverband verlangt noch wie vor ein jährliches Mindestgehalt von 8000 Franken. Das von den Eisenbahngesellschaften zugestandene Mindestgehalt betrug sich auf 6250 bis 6650 Franken. Lardieu versicherte auf die erstellten Verbesserungen und die Bemühungen der Regierung, den Forderungen der Eisenbahner bei den Gesellschaften Gehör zu verschaffen.

Genosse Uschafow.

Von R. B. Karpoff.

„Ja, wir sind miteinander in der Bierhalle bekannt geworden.“ erzählt der beschäftigungslose Kapellmeister Fufajkin seiner Ehehälfte Tatjana, „er legt sich einfach zu meinem Tisch und blinzelt schweigend nach allen Seiten. Zuerst trinkt er einige Glas Bier, — dann trinkt er es unmittelbar aus den Flaschen. Er trinkt und wird immer trauriger. Aha — denke ich mir — ich weiß schon, was du für ein Vogel bist. Du hast Angst, daß man dich hier sehen könnte. Für die „Berantwortlichen“, für die ganz „Großen“ ist es nämlich mit dem Trinken nicht ganz geheuer, denn wird er beim Trinken erwischt, kann er zu leicht das „Fliegen“ erkennen. Auch dieser da war ein solcher Politiker. Zuerst schwieg er, dann meinte er bloß, er sei in der Fabrik zur „Roten Flamme“ angestellt. In welcher Eigenschaft er dort angestellt sei, wollte er nicht verraten. Aber dann, als ihm das Bier zu Kopf gestiegen war, da legte er doch los: „Ich — sagte er — bin der erste in unserer Fabrik. Ich — sagte er — kann sogar auf den Direktor von oben hinabspucken — sagte er. Wie oft — sagte er — sagt der Direktor zu mir: Mein Vieber, fahre mit dem Automobil — aber ich — sagte er — mache mir nichts daraus — ich fahr' mit dem Rad — warum, weil ich ein einfacher Mann bin...“ Wie ich das so gehört habe, da dachte ich mir gleich: Aha, das wird schon so ein „Vorjaktom“ (Vorjehender des kommunistischen Fabrikkomitees) oder ein „Berpob“ (Berpflegungsbewahner) sein. Den — dachte ich mir — mußt du dir warm halten. — Und gleich fing ich an, mit ihm politisch zu reden, — von wegen der Organisation eines Fabrikvorjehers. Er war für die Idee sofort begeistert: „Aha — so ein Fabrikvorjeher — das ist mir das liebste — ohne ein Orchester ist eine Fabrik keine Fabrik.“ Wie ich das gehört habe, habe ich ihn gleich eingeladen, uns zu besuchen, und ich habe ihm das Wort abgenommen, daß er bestimmt kommen wird. Morgen um drei Uhr kommt er. So, jetzt weißt du alles, Tatjana — und nun schau zu, daß du für Morgen eine Schüssel voll Kaulschjen, Bier und Schnaps besorgst.“

„Du bist wohl betrunken?“ unterbrach ihn seine Tatjana ärgerlich. „Schon den zweiten Monat verdienst du nicht eine Kopeke, und ich soll da deine Freunde großmächtig bewirken!“

„Rede nicht so dumm daher,“ herrschte sie Fufajkin an, „du verstellst nicht, was für einen Plan ich mir da ausgedacht habe. Er kann bestimmt anordnen, daß mir die Organisation des Fabrikvorjehers übertragen wird, — für den Einkauf der Instrumente werden mindestens zweihundert Rubel bewilligt werden, und da kannst du dich schon auf mich verlassen, daß davon fünfzig Rubel in meiner Tasche hängen bleiben werden.“

„Ach Gott — dann könnte ich mir endlich die Strickmaschine kaufen, aber weißt du, die mit dem Stoppparat — ich glaube, es ist Nr. 56. Und Socka könnte einen Mantel bekommen und Wasja ein Paar neue Schuhe.“

„Du kannst mit dem Gelde machen, was du willst — aber ich muß unbedingt einen neuen Anzug haben, denn wenn ich dann dringender soll, kann ich doch nicht in diesem gelblichen Rock aufstreifen.“

Sonntag in aller Frühe ging das Ehepaar Fufajkin zum Einkauf, und sie kehrten nach einiger Zeit mit vielen Paketen schwer beladen heim. Der Mittagstisch war mit allerlei schmackhaften Gewürzen beladen, und in der Mitte thronte eine ansehnliche Bier- und Schnapsbatterie.

„Er versprach um drei Uhr zu kommen,“ sagte der Kapellmeister nerods. Er gab mir sein Wort — ich habe ihn mindestens fünfmal gebeten — sogar die Adresse schrieb ich ihm auf ein Stück Papier auf. Vielleicht sollte man die Kaulschjen etwas aufwärmen?“

„Zuletzt kommt er überhaupt nicht,“ sprach seufzend Tatjana, „und wir haben soviel Geld für dieses Zeug ausgegeben. Das Herz blutet mir, wenn ich bedenke...“

„Aber die fünfzig Rubel, nicht wahr?“ meinte Fufajkin, seine mifhmütige Ehehälfte besänftigend. „Nur keine Angst — er kommt — ich werde doch wissen, wie man sich an solche „Berantwortliche“ heranmachen muß.“

Endlich kam der ersehnte Gast. Er begrüßte ein wenig schüchtern die Gastgeber und setzte sich gleich zum Tisch. Die Vederjode legte er gar nicht ab. Fufajkin war die Stuhlmännlichkeit selbst. Er gab sich Mühe, den lieben Gast angenehm zu unterhalten, füllte nur zu oft dessen Glas, doch der Gast sah schmelzhaft und murmelte bloß zeitweise: „Vielen Dank. — Nein, es ist wirklich genug.“ oder: „Bemühen Sie sich doch nicht.“

Erst nach der dritten Flasche Schnaps löste sich seine Zunge: „In unserer Fabrik, hm, da kennt mich ein jeder, — ich bin doch sozusagen der erste dort — hm — das oftmalige Aufstöhnen erschütterte ihn ein wenig das Sprechen — „ich bin — hm — mehr als ein Direktor, — ich bin — ich kann — hm — auf den Direktor von oben hinabspucken — hm —“

Nach der sechsten Flasche war er fertig, — ganz betrunken. Er frant Bruderschaft mit der Frau und wollte sich in ganz ungewohnter Weise an sie herannahen. Da hielt sie es im Zimmer nicht länger aus und eilte hinaus in die Küche. Ihr Mann suchte sie zu beschwichtigen.

„Nein, ich gehe nicht mehr zurück, — bleib' du nur allein mit diesem Schwein. Wie er bloß die Augen verdreht, wie ein Rabe nach dem Käse.“

„Du mußt es erdulden, mein Schatz,“ meinte Fufajkin aufseufzend, „bedenke doch, fünfzig Rubel findet man nicht auf der Straße.“

Endlich begann der ganz betrunkene Gast sich zu verabschieden. Er wollte der Hausfrau unbedingt noch einen Kuß geben und wart dabei den Tisch mit den Gläsern um.“

„Bruderschatz — hm, komme morgen zu mir — hm — in die Fabrik. Frage nach dem Genossen Uschafow — hm —, jeder Arbeiter kennt mich dort.“

Montag früh war Fufajkin beim Fabrikator. Er wendete sich an den ersten vorbeigehenden Arbeiter:

„Genosse, du kennst doch gewiß den Genossen Uschafow. So ein roter Mann — was ist er eigentlich? Ein „Vorjaktom“ — oder gar „Berpob“?“

„Uschafow?“ fragte neugierig der Arbeiter. „Wie sagtest du, ein roter Mann? Ja, wir haben einen Uschafow, geh' nur einmal hinaus zur Kanzlei des Direktors, dort steht er immer vor der Tür, — er ist sozusagen Türöffner.“

Fufajkin drückte mit einer düsteren Miene die Wüße tiefer in die Augen und machte, daß er weiterkam.

(Was dem Schlußfassen Wertungen von Greta Karpoff)

Des Volkes Stimme.

Es war am 27. Januar. Der Rentier Friedrich Wilhelm Bumke wanderte durch die Straßen und ärgerte sich, daß kein Mensch schwarzweißrot gekleidet hatte. Er selber hatte auch nicht gekleidet, aber nur aus Vorsicht, denn er gehörte dem „Bunde der Aufrechten“ an, und die nächsten Bundesmitglieder wohnten ziemlich weit entfernt, während die Gegend rings um seine Wohnung verächtlich republikanisch war. Daß er nicht den Mut aufgebracht hätte, ärgerte ihn doppelt. Aber da war nichts zu machen.

Doch da geschah in Bumkes allernächster Nähe etwas, das seine volle Aufmerksamkeit fesselte. Ein kleines Mädchen stand vor einer großen Pflanze, weinte und schrie immer wieder einen durch Schlägen ziemlich unverständlichen Satz. Bumke aber verstand ihn. Das Kind schrie:

„Ach will mein Kaiser wiederhaben.“
„Dieses kleine Mädchen beschämt uns alle,“ wandte sich Bumke ernst und würdig an ein paar Umstehende. „Es spricht müßig aus, was wir Erwachsenen denken, aber aus Besinnungslosigkeit nicht offen zu bekennen wagen.“ Und obwohl ein junger Mann in Arbeiterkleidung ein deutliches Zeichen nach der Stirn machte, wandte sich Bumke freundlich dem Kinde zu, zückte einen Groschen aus der Tasche, ohne ihn freilich einstweilen loszulassen, und fragte:

„Sage, meine liebe Kleine, was a r u m willst du ihn wiederhaben?“
„No, wo ist ihm doch so ferne mag,“ heulte das Kind und schielte nach der Münze.

„Sehr gut, ganz vortrefflich. Aber warum magst du ihn so gerne?“

„Aa, weil ich ihm ferne mag!“ wiederholte zwei, dreimal hartnäckig das Mädchen. Etwas anderes war nicht aus ihr herauszubringen.

„Dieses Kind vermag seine Gefühle noch nicht klar in Worte zu fassen,“ belehrte Bumke die Umstehenden. „Aber ich will es die auseinandersehen: Du magst ihn gerne, weil er dich rückerinnert an jene herrlichen Zeiten, wo das Volk im Ueberflusse lebte und die Kompottschüssel des Karmes überlief. Stimmt's?“

Die Kleine nickte schweigend.
„Aber nun will ich dir auch sagen, wer schuld daran ist, daß du ihn verloren hast und nicht wiederbekommst, obgleich du ihn so gerne magst. Daran sind die Roten schuld, die Sozis und die Republikaner, die ihn schändlich davongelockt haben.“

Die Kleine glotzte Bumke verständnislos an. Schließlich sagte sie:

„Aa doch — er is mir in de Pfütze gefallen.“
„Was — der Kaiser — in die Pfütze gefallen!“ brauste Bumke auf.
„Rein Käse,“ schluckte die Kleine und heulte von neuem los:
„Ach will mein'n Käse wiederhaben.“

Da lehrte Bumke sich entrüstet ab. Und ließ den Groschen wieder in seiner Tasche verschwinden. Für seinen Kaiser hätte er ihn gegeben, für einen Käse — nie und nimmer!

Denn das konnte die wahre Stimme des Volkes nicht sein, die sich um ihr bißchen Essen und tägliche Notdurft mehr Sorge und Schmerzen machte als um den armen Verdammten in Doorn.

Genossen

Das Gehirn von Anatole France

Bekanntlich lautete schon die schlagfertige Antwort der höheren Leichter in der Schule auf die Frage, wie groß das männliche Gehirn schwerer sei als das weibliche: „Weil es beim Gehirn nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität ankommt.“

St der Tat scheint, wie auch jetzt wieder die Untersuchungen des Gehirns von Anatole France ergeben haben, die frühere Auffassung, daß geistige Größe mit dem Gewicht des Gehirns unmittelbar zusammenhänge, nicht mehr zu Recht zu bestehen. Man war nämlich überaus, als die Pariser Ärzte Louis und Breuil, Chambarde, wie die „Deutsche Ärzte-Zeitung“ mitteilt, dieser Lage der medizinischen Akademie berichteten, daß das Gehirn von Anatole France, eines der genialsten Männer des Jahrhunderts, nur 1017 Gramm wog, während das Durchschnittsgewicht bei einem Normalmenschen um 350 Gramm höher zu sein pflegt. Selbst Angehörige von bestimmten primitiven Völkern, wie z. B. Fidschi-Inulaner und Papua-Regen, haben ein Gehirngewicht von 900 bis 1000 Gramm. Die bisherigen Erfahrungen lehrten, daß die Gehirne genialer Männer fast ausnahmslos ein das Normalgewicht stark übersteigendes Gewicht zeigten, so z. B. das Gehirn Goethes, das des Anatomen Cuvier und Haecleis.

Dagegen stellen die Pariser Ärzte fest, daß das von ihnen begutachtete Gehirn von Anatole France eine überaus große Flächenauslegung der grauen Hirnsubstanz aufweise, und daß diese graue Substanz eine so prächtige Form des Gehirns zeige, wie sie die beiden Gelehrten noch niemals gesehen hätten. Sie bezweifelten sie geradezu als ein Kunstwerk der Natur. — Jedenfalls bestätigen die Erörterungen über den Befund, die die Ärzte in ihren Berichten niederlegten, von neuem, daß eine schwere Gehirnmasse nicht unbedingt das physiologische Merkmal der Genialität sei, sondern daß die Gehirne genialer Menschen wahrscheinlich durch die Flächenausdehnung der grauen Hirnsubstanz sowie durch die Zahl und die Form der Gehirnwunden sich von denen gewöhnlicher Sterblicher unterscheiden.

Uebrigens hat ein unbekannter Räzen für das Gehirn von Anatole France, das die Witwe seinerzeit der französischen Nation geschenkt hatte, eine prächtige Kapsel aus massivem Gold gefertigt, deren Wände mit Smaragden und Rubinen geschmückt sind und deren Deckel eine Glasstoppel bildet.

Dr. A. R.

Die Welt wird täglich größer, insofern nämlich, als ständig neue Gebiete der Kultur erschlossen werden. Bisher galt der westliche Teil von Mexiko, der zwischen den Eriern und dem Stillen Ozean liegt, als eines unerschlossenen Land. Es ist eigentlich die Fortsetzung Kaliforniens, das noch vor hundert Jahren eine Wüste war und heute als das Paradies der Vereinigten Staaten gilt. Dieselbe Umwandlung vollzieht sich jetzt in Westmexiko, und zwar infolge der Bewässerung und der Fortführung der Eisenbahnen in jenes Gebiet. Die Provinz Sonora, die an den Süden der Vereinigten Staaten grenzt, und die Provinzen Sinaloa und Nayarit sind 1900 Kilometer lang und umfassen eine Fläche, die etwa halb so groß ist wie Deutschland. Dieses ganze Gebiet weist erst 700 000 Einwohner auf, während die südlichen Provinzen mehr als fünf Millionen zählen. Die Verlängerung der Southern-Pacific-Bahn stellt jetzt den Anstoß mit dem mexikanischen Eisenbahnbau her. Mit Hilfe der vorhandenen Flüsse und der geplanten Staumauer kann man noch Millionen Hektar Land der Kultur erschließen. Man will jetzt aus Westmexiko ein neues Kalifornien machen.

Fort mit der Rachitis!

Die ärztliche Wissenschaft hat festgestellt, daß 60 Prozent sämtlicher in Deutschland zur Welt kommenden Kinder rachitisch sind, d. h. von Anfang an in ihren Lebensbedingungen behindert oder zum frühen Sterben bestimmt. Wenn man mit dieser Tatsache die andere Feststellung verbindet, daß ein großer Teil der Infektionskrankheiten der Jugendlichen, wie Scharlach, Masern, Lungenentzündung, Tuberkulose in einem rachitischen Körper ihren empfindlichsten Boden finden, oder mit anderen Worten, daß rachitische Kinder am leichtesten ihnen verfallen, dann wird klar, mit welcher einer verheerenden Volkspeste wir es hier zu tun haben. Die Kinderheilkunde hat denn auch frühzeitig erkannt, daß der Kampf gegen die Rachitis ein Kampf um die Hebung der Volksgesundheit und der Volkstraft ist. Wer kennt nicht jene erbarmungswürdigen kleinen Menschen mit dünnen Kermchen, dünnen und verbogenen Beinchen, jene armenhütigen Krüppelchen mit eingefallener Brust, verbogenem Kinngrat und gelblich blauer Hautfarbe! Es steht leider in der Erinnerung vieler Hunderttausender, wie die ersten Jahre ihrer Krankheit ihnen vergällt und verdübelt worden sind, weil man sie in Gradhalter und Schienen steckte, um den schwachen Knochen, die von selbst keinen Halt hatten, den nötigen Halt zu geben.

Erst seit die Wissenschaft etwas von der Wirkung der ultravioletten Strahlen weiß, die wir im Sonnenlicht haben, oder — in unserer nördlicheren Zone eine unbedingte Notwendigkeit — künstlich herstellen können, ist das Bekämpfungsmittel gegen Rachitis gefunden. Denn Bebertranz allein nicht. Die Erfolge, die der Bestrahlung mit ultraviolettem Licht erzielt werden, sind denn auch überraschend günstig. Nach wenig Wochen verfallen die schwandenden Knochen, der zusammengeschrumpfte Körper strafft sich, die kleinen Patienten blühen auf. Die Schattenseite dieser Heilmethode ist aber die, daß sie nicht nur sehr teuer ist, daß nicht nur die Zahl der Kinder, die der Bestrahlung zugeführt werden können, eine beschränkte ist, die Bestrahlung selbst, der Hin- und Hertransport bedeutet für die erkrankten Säuglinge eine Qual.

Einem Amerikaner, Alfred Hess, verdankt die Menschheit eine zweite, billigere, ebenso erfolgreiche und einfache Lösung der Frage: wie befreien wir unsere Kinder von dem Tyrannen, der sie in jugendlichem Alter zerbricht? Alfred Hess hat entdeckt, daß das sogenannte Vitamin D isoliert dargestellt werden kann, und daß die gleichen Erfolge, wie sie durch die direkte Bestrahlung des kranken Körpers erzielt werden kann, auch dann eintreten, wenn man dem Kranken bestrahlte Rohrzucker mit jenem Vitamin reich. Hierfür kommt vor allem und in der Hauptsache die Milch in Frage. Die Statistik hat nachgewiesen, daß Kinder, die mit bester Qualität Milch genährt werden, ebenso gründlich geheilt werden können, wie wenn man sie unter die Quarzlampe legt. Aber auch diese Methode hat ihre Nachteile. Die Milch wird, weil sie selbst Sauerstoff enthält und in Verbindung mit Luft bestrahlt wird, bei dieser Behandlung geruchlich und geschmacklich verändert, und zwar in einem solchen Maße, daß die kleinen Patienten sie nur mit dem allergrößten Widerwillen zu sich nehmen. Es ist ohne weiteres klar, welche schädigenden Wirkungen

dieser Abscheu auf den geschwächten Organismus haben muß. Dem Dr. Scholl ist es zu verdanken, daß wir heute in der Lage sind, bestrahlte Milch herzustellen, die, was Geruch und Geschmack anbelangt, kaum von frischer Vollmilch zu unterscheiden ist. Er hat einen Apparat konstruiert, der es erlaubt, die Bestrahlung der Milch unter Kohlendioxidatmosphäre vorzunehmen. Versuche, die seit einem Jahr in der Frankfurter Universitätsklinik unter der Leitung eines sehr vorsichtigen, kühl und skeptisch abwägenden Arztes, des Prof. Dr. R. Scheer, vorgenommen worden sind, haben geradezu verblüffende Resultate ergeben. Die so präparierte Milch hat auch in den allerschwersten Fällen von Rachitis nicht versagt. Die Heilung vollzog sich innerhalb ganz weniger Wochen und war ebenso gründlich wie dauernd, wie sie bei direkter Bestrahlung beobachtet werden kann. In jedem einzelnen Falle wurde der Heilungsprozeß systematisch durch Messung der großen Fontanelle, im Röntgenbild usw. verfolgt. Es vollzog sich eine absolute Wiederherstellung des gleichsam ausgelegenen Kinderkörpers. Patienten, die vor Beginn der Behandlung hinmickelten, waren nach wenig Wochen als durchaus geheilt anzusprechen. Herr Prof. Dr. R. Scheer kann von einem Hohl berichten, in dem eine dieser armen Würmchen zudem von der Lungenentzündung befallen und von den Ärzten aufgegeben wurde. Die bestrahlte Milch hat es gerettet. Ja, der bekannte Kinderheilkundige glaubt feststellen zu können, daß die Versuche, die er während eines Jahres anstellte, zu der Überzeugung berechnen: in wenigen Jahren ist die Rachitis eine unbekannte Krankheit.

Die Scholl'sche Verfahren hat aber im Vergleich zu den anderen den gar nicht hoch genug anzuschlagenden Vorteil, daß die ganze Behandlung etwa 3 Mark kostet, und daß es kein Kind auf Erden gibt, an das sie nicht herangebracht werden könnte. Man muß nur einmal überlegen, welche ungeheuren Summen auf diesem Wege bei den diffusen Rachitiden Krankenklassen frei werden, wie viele Millionen erspart und für andere Zwecke verwendet werden können. Es leuchtet auch dem Laien ein, welche unmeßbaren volkswirtschaftlichen Vorteile hinter dieser Tatsache stehen.

Aber ebenso wichtig wie die Bestrahlung Extraktier ist die Vorfrage. Bestrahlte Milch kann in jedem beliebigen Umfang für ganz wenige Pfennige hergestellt werden. Sie kann auch in jedem Prozentfuß frischer Vollmilch beigelegt werden. Es leuchtet ein, von welchem Wert es ist, wenn Kindermilch künstlich nur noch mit einem 10- bis 20prozentigen Zusatz von bestrahlter Milch abgegeben wird. Dann ist tatsächlich der Weg frei, um die Menschheit von diesem Bann der Rachitis zu befreien. Aber eine Forderung muß erhoben werden: es muß Aufgabe der Kommunen sein, die Herstellung und den Vertrieb der bestrahlten Milch selbst in die Hand zu nehmen, damit sie nicht zu einem Objekt des Kapitalismus wird, sondern bleibt, als was sie sich uns erwiesen hat: der rettende Engel der Massen. Die städtischen Körperschaften müssen sich möglichst rasch und möglichst gründlich mit dieser Frage beschäftigen; um jeden Tag, der hier veräußert wird, ist es schade, um jedes kleine Menschenkind, dem die Rachitis, von der Rachitis befreit zu werden, unentgeltlich bleibt.

TIETZ Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Andreasstr. / Chausseest.

Stadtküche
Leipziger Str., V. Stock
Amt Zentrum Nr. 8533-30
Wir liefern: Speisen, Einzelgerichte, Kalte Platten, Mayonnaisen, Eis-speisen, Torten usw.
Verlang Sie d. Zusendg. unseres Stadtk. Geben-Kataloges.

Wurst
Sülzwurst Pfund 90 Pf.
Schinkenecken Pfund 1,00
Hausmacherwurst Pfund 1,00
Speckwurst Pfund 1,00
Fleischwurst Pfund 1,20
Jagdwurst Pfund 1,20
Knoblauchwurst Pfund 1,20
Metzwurst Pfund 1,30
Hildesheimer Pfund 1,40
H. Leberwurst Pfund 1,40
Schinkenwurst Pfund 1,60
Teewurst Pfund 1,70
Holsteiner Cervelat u. Salami Pfund 1,65
Schinkenspeck Pfund 1,70
Nussdinken Pfund 1,85

Konfession
Karotten geschalt. .. 38 Pf.
Gemüseerbsen 66 Pf.
Junge Erbsen 78 Pf.
Junge Erbsen mit Bohnen 92 Pf.
Junge Erbsen sehr fein 1,50
Erbsen fein, mit Karotten 1,25
Leipziger Allerlei 92 Pf.
Stangen-Schnitt- und Bredbohnen 88 Pf.
Junger Spinat 46 Pf.
Junge Bredbohnen 56 Pf.
Junger Kohlrabi in Scheiben 55 Pf.
Pflaumen mit Kern 66 Pf.
Mirabellen 1,25
Süsse Kirschen m. Stein 1,30
Süsse Kirschen o. Stein 1,60
Saure Kirschen m. Stein 1,45
Saure Kirschen o. Stein 1,70
Apfelmus 70 Pf.
Stachelbeeren 98 Pf.

Speck 1⁰⁵ 1²⁰
Berliner Schmalz mag. Pf.
deuts. Schweineschmalz Pfund 85 Pf.

Frisches Fleisch
Pa. Schweinebauch o. Bellage Pfund 82 Pf.
Pa. Schweineschinken u. -Blatt Pfund 84 Pf.
Pa. Schweinekamm und -Schuft ohne Bellage, ohne Schwarte, Pfund 98 Pf.
Pa. Schweinekotelett Pfund 1,06
Pa. Pökelkamm mild gesalzen, Pfund 98 Pf.
Pa. Kassler mild gesalzen Pfund 98 Pf.
Pa. E. sbein mit Spitzbein, gepök., Pfund 68 Pf.
Pa. Rücken fett u. Linsen Pfund 72 Pf.
Pa. Rücken fett bratfertig Pfund 68 Pf.
Kalbskamm ohne Bellage Pfund 74 Pf.

Pa. Schmorfleisch o. Knochen Pfund 96 Pf.
Pa. Gulasch ohne Knochen Pfund 70 Pf.
Pa. Suppenfleisch Pfund von 54 Pf. an
Pa. Hammelvorderfleisch Pfund 70 Pf.
Pa. Schweineköpfe mit Backe, wie frisch Pfund 48 Pf.

Pa. Rinderlunge frisch Pfund 34 Pf.
Pa. Kuhheuter frisch Pfund 24 Pf.
Pa. Rinderherzen frisch Pfund 45 Pf.
Pa. fr. Schweineleber frisch Pfund 90 Pf.

Rösta
Romalour Pfund 24 Pf.
Harzer Käse Pfund 1,05
Allg. Stangenkäse Pfund 55 Pf.
Briekäse Pfund 58 Pf.
Edamer Pfund 75 Pf.
Holländer Pfund 75 Pf.
Dän. Schweizer Pfund 98 Pf.
Steinbuscher Pfund 95 Pf.
Münsterkäse Pfund 1,00
Tilsiter vollfett Pfund 98 Pf.
Edamer vollfett, Pfund 98 Pf.
Finn. Schweizer Pfund 1,45

Silber, Rohwaren
Grüne Heringe Pfund 50 Pf.
Roibars u. Rotzung, Pfund 45 Pf.
Kabliau o. K. I. G. Pfund 40 Pf.
Seelachs o. K. I. G. Pfund 35 Pf.
Leb. Hechle Pfund von 1,20 an
Leb. Spiegekarpf, Pfund 1,10
Bundaale Pfund 45 Pf.
Pomm. Sprollen Pfund 48 Pf.
Goldfisch Pfund 48 Pf.
Backfisch Pfund 48 Pf.
*) Nur Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kottbuser Damm

Wild und Geflügel
Gefrorene Gänse Pfund von 58 Pf. an
Hasen gestroift und ausgewaschen Pfund 78 Pf.
Hirschfleisch Pfund von 45 Pf. an
Wildschwein Pfund von 70 Pf. an
Frische Suppenhühner Pfund von 98 Pf. an

Frisch gebrannter Kaffee Pfund von 2³⁰ an

Extra billig! Weine vom Fass

Borsdorfer Apfelwein eher gute Qualität 10 Liter 48 Pf. 4 ⁵⁰	Johannisbeerwein rot, v. 800 5 Liter 95 Pf. 4 ⁵⁰	Vorzüglicher Tarragona rot, gute Qualität 5 Liter 1 ²⁵ 6 ⁰⁰	Unsere Spezialität: Deutscher Weinbrand 40% aus allen franz. Weinst. u. 60% aus d. Weinst. d. Rheinl. u. Mosel 5 Liter 4 Ltr. 13
---	---	---	--

Zur Bowle!
10 Pf. Edelkorn zusammen
Kirchberg 17⁵⁰
2 Pf. Rortia Silber
fruchtbaumweine
1 Dose Ananas
in Scheiben

1924er Beauvillat vor-
züglicher Rotwein
Forstl. Orig. Insel Samos
Weisser Tarragona
altgepflegte Qualität
10 Pf. 15⁰⁰
1925er Rheinwein, Hoch-
druck sehr saure, Tafelwein
Preis ohne Flasche

"Kurt Trier" Orig.-Fl.
Deutscher Weinbrand
sehr gute, abge-
garte Qualität 21⁵⁰

Salla
Molkereibutter Pfund 1,72
Tafelbutter Pfund 1,86
Dän. Tafelbutter Pfund 2,05
Schwed. Tafelbutter Pfund 1,98
Berl. Brat.-Schmalz Pfund 76 Pf.
Berl. Grieb.-Schmalz Pfund 82 Pf.
Cocosfett 1 Pfund 55 Pf.
Margarine Pfund 50, 55, 62 Pf.

Obst
Kochäpfel 8 Pfund 45 Pf.
Essäpfel Belle Plante, Pfund 95 Pf.
Lingar. Tafeläpfel Pfund 42 Pf.
Apfelsinen ... 5 Pfund 98 Pf.
Mess. Blatpfirsich Pfund 98 Pf.
Zitronen Pfund von 28 Pf. an
Amerik. Äpfel Pfund 32, 48 Pf.
Smyrna-Feigen Pfund 40 Pf.

Kolonialwaren
Linsen Pfund 20 Pf.
Neue Linsen Pfund 28, 38 Pf.
Weisse Bohnen Pfund 21 Pf.
Langbohnen Pfund 28 Pf.
Kaffeebohnen Pfund 26 Pf.
Grünen mittel Pfund 25 Pf.
Hartglets Pfund 28 Pf.
Hartg.-Makkaroni 1-Pf.-Pkt. 65 Pf.
Eierma'karoni 1-Pf.-Pkt. 75 Pf.
Hohlnudeln 1/2-Pf.-Paket 40 Pf.
Bohn. Pflaumen Pfund 26 Pf.
Einst. Pflaumen Pfund 45 Pf.
Kalif. Pflaumen Pfund 38, 43 Pf.
Kalif. Pflaumen 20-30 St. Pfund 85 Pf.

Am Montag, den 30. Januar 1928, beginnen unsere WEISSE WOCHEN

Vorverkauf morgen Sonnabend

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 27. 1. 28
Staats-Oper
Am Pl. d. Resohl.
12 Uhr: Sinfonie-
Mittagskonzert
3 Uhr: Sinfoniekonzert

Freitag, 27. 1. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
8. u. 9. U. Ad. 7 1/2
Tosca

Städt. Schauspielh.
im Seidenmarkt
7 1/2 Uhr
Der Kaufmann
von Venedig

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Wozzek

Deutsches Theater
Neue Fernsprechanschl.
Norden 12310
(Sammelnummer)
8 U. Ende gee. 11 U.
„Peer Gynt“

Kammerspiele
Neue Fernsprechanschl.
Norden 12310
(Sammelnummer)
8 U. Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414-7516
9 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Letzte Aufführungen!

Die Ebe von Welt

Berliner Theater
Direktion Kuhnert
Charlottenstr. 10-11. 2904. 170
8 1/2 Uhr

Max Adalbert
als
Der Herr von ...

Bei Gicht, | Jschias, | Nerven- u. Kopfschmerz,
Rheuma, | Grippe | Erkältungskrankheiten
haben sich Togat-Tabletten hervorragend bewährt
Ein Versuch überzeugt!

In allen Apotheken
Dreis. Mk. 140

Togat scheidet die Nahrung aus!

6. Woche
NATUR UND LIEBE

Der neue Ufa-Großfilm
Von der Urzelle zum Menschen
Hunger und Liebe
ein wunderbares Erlebnis
Manuskripte Dr. Nikol Kaufmann
Regie Dr. Ulrich K. T. Schulz
Wochentags
7 9 11

UFA-PAVILLON
Jugendliche haben Zutritt

Volksbühne
Theater am Blöowplatz 1/2a am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Mann ist Mann

Schieber des Ruhms

8 Komische Oper 8
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach d. gleichn. Paris. Revue
„Tout nu“). 200 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 2,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet.

Piscatorbühne
Theat. u. Spieltheaterplatz
Kurfürst 2001/93
Täglich 8 Uhr:
Die Abenteuer des
braven Soldaten
Schweyk
mit Max Pallenberg
Inst. Erwin Piscator

Wahalla-Th.
Weinbergweg 19/20
Eine Liebesnacht
Operettenschwank
in 3 Akten v. Halton
Musik von Osterloh
Rundfunkteilnehmer
zahlen f. Orchester-
sitze statt 7 M. nur
3 M., Loge statt 7 M.
nur 3 M., Parkett
statt 4 M. nur 60 Pf.
Sonntag nachm. 4 U.
Rotkäppchen
Parkettv. 30 Pf. an.

Theater des Westens
Täglich 8 Uhr:
**Münchhausens
letzte Liebe**
Ader, Kürty, Albu,
Wiri, Schulz.

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
**Erika Gläuner b
Gretchen**
Für Jugendliche
nicht geeignet
Sonntag, nachm. 4 Uhr
Erika Gläuner
in
Lissy die Kokotte

Th. im Admiralsplatz
Tägl. 8 1/2 Uhr
**HALLER-
REVUE**
„Wann und wo“
2 Sonntag
Vorstellung.
3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
Nachm. die ganze Ver-
schaltung zu halt. Preis

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
„Nottes d'ocheneende“
nachm. halbe Preise.
Dönhoff-Brettli
Kabarett, Varieté
Konzert, Tanz.

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
**„Unter
Geschäftsaufsicht“**

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Der gr. Lustspielrolf
Siefmama
mit Hansi Arnsperg
Jus. Neuf. Paul Händel,
Paul Kramel, Jochen Müller.
Sonntag nachm. 4 U.
Kleine Preise.

Komödienhaus
Norden 6304.
8.15-10.40 Uhr
Hokuspokus
von Curt Götz

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
**Der Piarrer
von Hirdfeld**
Karussell.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 Uhr
Elite-Sänger
Im großen Jahresprogramm!
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Große Familien-Vorstellung
(ungekürzt)

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8.10 Uhr:
Coeur Bube.

8 SCALA
Nollenfort 7360.
Jack Hylton
und das neue internationale
Varieté-Programm
Sonabends u. Sonntags
Je 2 Vorstellungen
3³⁰ u. 8 Uhr — 2³⁰ u. ermäßigte
Preise das ganze Programm.

Wiederauftreten
der schönen
Andalusierin:
Nackt unter Löwen
und weitere
Circus-
Attraktionen!
Zum Schluß bis
3. Februar:
„Weißes Gold“
Sonntag
3 Uhr
Volles Circuspr. u.
„Weißes Gold“

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37.
Die spanische Fliege.
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Pauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

WINTER GARTEN
Gastspiel PAUL DIEBEL.
Das König von Komik
am Schluß d. gr. Varieté-Pror.

NEUE WELT
Arnold Scholz Hasenheide 108-14
Gr. Bockbierfest
In den bayr. Alpen
7 Kapellen / Neue Dekorationen / 30 bayr. Madeln
Sonabend und Sonntag
Großer Alpenball

Baldravin
Patentmittelgesch.
unter Nr. 34268.
Er enthält äth. Extraktstoffe d.
Baldrian- Wurzel in kräftigen Süß-
wein gelöst. Alle
Nachahmungen,
die als ebenbürtig
angeboten wer-
den, weisen man-
entfchied. zurück.
Zu haben in
Apotheken und
Drogerien
Herstell.:
Otto Stumpf & C.
Chemnitz.

„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“

Esonders
Wirksam sind
die KLEINEN
ANZENIM IM
„Vorwärts“
und trotzdem
!! billig !!

Bockbler - Mützen
Dutzend v. 20 Pfennig an.
Domino Masken
von 10 Pf. an. Prima
Atena 50 Pf. Riesenaus-
wahl all. Feiertags- u. sehr
billig. Vereine, Gaswirte,
Händler besonders billig.
Kommissionsware.
A. MAAS & Co.
C. M. & H.
Markgrafstr. 34 & 36

Die neue einheitliche Schule in Neufölln. Von der Grundschule bis zur Universitätsreife.

Die Presse hat sich in der letzten Zeit mit dem Plan der neuen einheitlichen Schule in Neufölln befaßt. Es ist daher nötig, der Öffentlichkeit kurz Werden und Wesen unseres Vorhabens zu erklären.

Seit sechs Jahren ist dem von mir geleiteten Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neufölln eine Aufbauschule nach dem System der deutschen Oberschule angegliedert, seit fünf Jahren der sogenannte Arbeiterkurs, den man organisatorisch etwa als dreijährige Aufbauschule nach demselben Typus der deutschen Oberschule bezeichnen kann, seit einem Jahr auch eine sogenannte grundsätzliche Oberschule, die heute bis Tertia reicht. Wir haben also diesen Schultypus in neunjähriger, sechsjähriger und dreijähriger Form. Wir wählten ihn, weil er nach dem ihm zugewiesenen Lehrstoff am ehesten Aussicht hat, in geradliniger Fortführung der Volksschule einmal die Volksschule zu werden, natürlich mit psychologisch und fachlich bestimmten kleinen Abweichungen, mit Betonungen nach der oder jener Seite. Die uns für den Aufbau einer einheitlichen Schule vom ersten Schuljahr bis zum Abiturium fehlende Verbindung mit der Volksschule wurde im letzten Jahr erreicht, als mir der Herr Minister auf Antrag des Bezirksamtes Neufölln die Schulaufsicht über eine Volksschule übertrug, deren Kollegium mit dem der höheren Schule zu einer völligen Einheit verbunden ist. So besteht also schon das Einheitsystem mit den beiden Spitzen des Realgymnasiums und der deutschen Oberschule.

Die neuen Schulen haben von Anfang an versucht, aus der Hörs- und Berufsschule eine Arbeitsschule zu machen. Sie haben in diesen Jahren das Verfahren der kooperativen Arbeit ausgebildet und sind zu ganz bestimmten Formen gelangt, die nach unserer Meinung erst dann ihre letzte Möglichkeit zeigen werden, wenn die richtigen Arbeitsmittel in einer entsprechend gebauten und eingerichteten Schule zur Verfügung gestellt werden.

Die erwähnten Schulen haben fast durchweg Arbeiterkinder. So erklärt es sich, daß wir unsere Pläne nicht auf dem Schluß des Vormittagsunterrichts schließen können. Die Räume und die beratenden und auch sozial helfenden Lehrer müssen ihnen auch nachmittags zur Verfügung stehen. Denn der Einzimmerschulhaushalt ihrer Eltern, den ich hier nicht beschreiben brauche, kann ihnen den Lebens- und Arbeitsraum, den sie für den erfolgreichen Besuch der Schule nötig haben, natürlich nicht gewähren.

So besteht tatsächlich die einheitliche Schule als Arbeitsstätte, als Lebensstätte bereits. Nur hätte sie bisher keinen entsprechenden Bau, der gerade ihren Bedürfnissen auch nur einigermaßen entspräche. Weil sie ihn jetzt erhalten soll, hat sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Einzelproblem gelenkt.

Die Frage des Baus ist zunächst die Frage der Organisation dieser Schule. Ohne mich hier auf die pädagogische Frage nach der zulässigen Größe eines solchen Systems eingehend einzulassen, weise ich nur auf den jedem Organisator bekannnten Vorzug des größeren Betriebes hin, daß hier jede menschliche Kraft (des Lehrers und des Schülers) sich besser seinen Anlagen gemäß einlegen und daher entwickeln läßt, daß auch die Ausnutzung der Betriebsmittel (Räume, Instrumente, Bücher usw.) durch eine größere Spezialisierung rationeller wird, daß letzten Endes der Knappheit unter Erspahrung von leerauslaufender Energie doch viel größer wird. Das läßt sich aus unseren Erfahrungen in unserer nach dem Gesichtspunkt der Menschenökonomie aufgebauten Schule auch für den pädagogischen Erfolg leicht nachweisen.

In einer einheitlichen Schule gibt es keine Trennung der Schüler nach Herkunft und sozialer Stellung der Eltern, sondern rein nach den Anlagen der Schüler. So kann der Bau nicht zeigen, wo die Volksschule aufhört, wo die höhere dieses oder jenes Typus anfängt; das wäre ja wieder die selben Trennungen der alten Schule. Der Unterschied wäre nur, daß sie in einem Bau zusammengebracht sind. Hier kann es nur eine Teilung nach psychologisch ziemlich deutlich abgrenzbaren Altersstufen geben. Daher kommt der erste Bauteil den Kindern bis zum zehnten Lebensjahre zu, der zweite denen bis zur Pubertät, der dritte denen bis zur Univerfitalität. Ob und wann sie in der Mittelstufe der sogenannten höheren Schule, besser der mehr theoretischen, wissenschaftlichen Seite der Einheitschule zugeteilt werden, sollte ganz von der Entwicklung der Kinder abhängen.

Die Einrichtung der einzelnen Bauabschnitte, also die Größe und die Ausstattung der Arbeitsräume auf den einzelnen Stufen richtet sich völlig nach Art und Inhalt des Arbeitsprozesses, der sich erfahrungsgemäß aus diesen verschiedenen Lebensaltern herausbildet. Nur müssen sie alle eben das gemeinsam haben, daß sie Arbeitsräume, gleichsam Werkstätten sind. Sie müssen für die wechselnde Anordnung der Schüler im kooperativen Arbeitsprozess so belichtet sein, daß nirgends Schatten, aber auch nirgends Blendung erfolgt. Welche Richtung von Ober- und Seitenlicht diesen Bedingungen genügt, ist ein schweres bautechnisches Problem. Also ist im allgemeinen der Flachbau gefordert, über dessen hygienische Vorzüge durch die leichte Verbindung mit dem Garten ja nicht erst gesprochen zu werden braucht. Dort, wo, wie im naturwissenschaftlichen Unterricht, mit festen Arbeitsstellen gerechnet werden kann, erhebt sich der Bau bis zu drei Stockwerken.

Im übrigen also sind die Bauabschnitte verschieden. Die Unterstufe braucht nur die Möglichkeit für die Entwicklung sozialer Gruppen und für die Erlernung der Techniken des Lesens, Schreibens und Rechnens und der Orientierung im nahen Bezirk zu geben. Die Unterscheidung von kleineren und größeren Räumen, die immer zu dreien differenzieren und einander zugeordnet sind (weil ja drei Parallelklassen bestehen), die also ein Fluktieren der Kinder von einem Raum zum anderen und damit von einem der drei Lehrer zum anderen zeigen werden, wird völlig ausreichend sein.

Auf der Mittelstufe wird die Erprobung der Kinder nötig. Sind sie mehr praktisch und für theoretische Weiterbildung nicht befähigt oder neigt sich ihr Interesse und ihre Fähigkeit nach der letzteren Seite? Daher brauchen wir hier vorbildlich eingerichtete Werkräume, in denen die Elemente der heute üblichen Arbeitsverfahren anschaulich geübt werden, ferner Lehrküche und Nähstube für die Mädchen. Dieser Teil wird sich äußerlich von dem Bau in den Garten hinein abheben, der seinerseits auf dieser Stufe ja auch der praktischen Betätigung dient. Die theoretischen, gruppenweise ebenfalls als Fachräume für die verschiedenen Gebiete, Naturwissenschaften, Deutschkunde, Fremdsprache, Rechnen usw., zusammengeordneten Klassen sehen die Linie der Grundschule fort, die nur in der Mitte noch durch die künstlerischen Übungsräume unterbrochen wird.

Die Oberschule bringt dieses Prinzip der Differenzierung des Arbeitsprozesses zur vollen Auswirkung. Denn nun trennen sich die einzelnen Fachgebiete in verschiedenen Bauteilen; der mathematisch-naturwissenschaftliche Hochbau bildet gewissermaßen das Zentrum der ganzen Schule, von dem in einer zweiflügeligen Anlage dann

die deutschkundlichen und die fremdsprachlichen Räume ausgehen. Diese Räume sind nicht mehr gruppenweise gleich gestaltet und eingerichtet, sondern immer nach ihrem spezifischen Zweck differenziert in ihren Arbeitsmitteln und in dem spezifischen Werkmeister, dem Fachlehrer oder seinem Helfer.

Dieser Bau mit seinen Fachräumen stellt hohe Anforderungen an die Organisation. Einen darauf eingestellten Stundenplan haben wir schon erprobt. Er sieht vor, daß die Schüler sich tages- oder halbtagesweise in die verschiedenen Räume oder Flügel begeben, damit, wie in einem guten Betriebe, die Arbeitswege so kurz wie möglich werden.

Die neue Schule ist einheitlich, sie ist Arbeitsstätte, sie muß zu drei auch Lebensstätte sein. Dazu braucht sie nicht nur Räume für die Schüler, die sich über Mittag dort aufhalten, nicht nur Gemeinschaftsräume auf jeder Stufe, nicht nur Turnhallen, Sportplätze und eine Schwimmhalle, sondern vor allem den nötigen freien grünen Platz und die Verbindung mit dem Leben draußen. Da die ganze große Fläche am Dammweg in erster Linie der Schule zur Verfügung gestellt worden ist, aber in weitestem Umfang den Neuföllner Bewohnern geöffnet werden soll, so wird auch diese Forderung erfüllt.

Das Neuföllner Bezirksamt hat sich auf das wärmste für die Entwicklung dieser Schule eingesetzt. Herr Minister Becker, der sie kürzlich besuchte, hat ihm ausdrücklich für die weitestgehende Förderung dieses Vorhabens gedankt. Fritz Karfen.

Die Partei rüstet zur Wahl!

Die meisten der am vergangenen Mittwoch abgehaltenen Kreismitgliederversammlungen der Partei beschäftigten sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl. Im überfüllten Saal des Gesellschaftshauses von Schmidt in der Fruchtstraße sprach Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe über das Thema: „Das Kampfsjahr 1928.“ Er begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß in diesem Jahr alle Kulturnationen der Erde vor wichtigen parlamentarischen Entscheidungen stehen. Und jedes Volk ist an der Zusammenfassung der Parlamente in den Nachbarländern stark interessiert. Die deutsche Finanzgebarung und Kaufkraft mögen einwandfrei sein — ohne Revision der Reparationslasten ist eine endgültige Befreiung unserer Verhältnisse unmöglich. Auch Frankreichs Schulden gegenüber Amerika beweisen, wie sehr eine Nation von der Bestattung der Parlamente jenseits der Grenzen abhängig ist. Dasselbe gilt von Rußland, das ein dringendes Interesse an dem Sturz der gegenwärtigen englischen Regierung hat. Und auf die Niederlage des nationalen Blods in Frankreich rechnen nicht nur wir, sondern auch die Deutschnationalen. Deutschland braucht die Welt, weil es sich schon seit Jahrzehnten nicht allein ernähren kann und andere Länder zur Ausfuhr seiner Industrieprodukte nötig hat. Mit dieser Tatsache begründet die Partei ihre Friedenspolitik, die sie auch veranlaßt, die Außenpolitik Englands zu unterstützen, obwohl sie der Partei oft nicht weitgehend genug ist. Aus denselben Gründen muß Deutschland vor der Herwindung in eine internationale Konnotation gegen Ausland benachtert bleiben. Auf innenpolitischem Gebiet ist das oberste Ziel der Partei die Befreiung des Bürgerblods, über den das Urteil schon durch den Ausfall der Wahlen in den Ländern ausgesprochen worden ist. Der Anfang von seinem Ende war die Aufnahme der belarnten „Richtlinien“ durch die Deutschnationalen, die selbst vor der Annahme des Dawes-Vertrages nicht zurückgekehrt sind. Die enttäuschten Wähler werden ihnen die Quittung ausstellen. Nicht anders wird es den Böllischen ergehen, die in vier Parteien zerpfiffert sind. Auch die Wirtschaftspartei ist in sich gespalten. Dasselbe Bild bieten die Kommunisten, die im Reichstag ein bescheidenes Trauerspiel aufführen. Genosse Löbe lenkte dann die Aufmerksamkeit auf die Agrarparteien, durch deren Zuspaltung die Bauernschaft schwerste Schädigungen erlitten hat. Der weiteren Verteuerung aller Lebensmittel muß durch ein Wahlergebnis, das den republikanischen Parteien zugute kommt, ein Ende gemacht werden. Im Wahlkampf geht es nicht nur um innen- und außenpolitische Fragen, sondern um den Sozialismus schlechthin, dem wir durch die Wahl einen Schritt näher kommen wollen. Mit diesen Worten schloß Genosse Löbe seinen Vortrag, der von stürmischen Beifallstundgebungen der Versammlung begleitet war.

In der Kreismitgliederversammlung des 3. Kreises Wedding, die im Pagenhoferausgang Chausseestra. 64 stattfand, sprach Genosse Crispian in dem überfüllten Saal über die Wahlen und die wirtschaftliche Lage. Genosse Crispian wies darauf hin, daß 70 Proz. der deutschen Wähler erwerbsfähig sind. Nur 30 Proz. gehören zu den bestehenden Schichten. Von diesen erwerbsfähigen Wählern stimmen noch 9 Millionen proletarische Wähler für die bürgerlichen Parteien. Diese Wähler für unsere Partei zu gewinnen, ist unsere Aufgabe, denn dann ist es möglich, im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit zu erringen. Das wissen die bürgerlichen Parteien, darum wollen sie einerseits die Arbeit des Reichspräsidenten und des Reichsrats stärken, andererseits aber die Seelen der Arbeiter gewinnen. Die Hilfsgruppen für dies Ziel sind die Kommunisten und das Zentrum. Unsere Taktik richtet sich nach dem Worte Bebel: „Wir erringen Anhang in der Arbeiterklasse, weil wir die Lage der Arbeiter gehoben und dadurch für die Hebung der gesamten Kultur ungeheures geleistet haben.“ Zur Begründung wies er auf die Aufhebung der Gefängnisstrafe, die Festsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden durch die Volksbewegung hin.

auf die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung der Kurzarbeiter hin. In diesen Dingen kommt die sozialistische Forderung zum Ausdruck, daß die Gesellschaft für das Wohl ihrer Mitglieder verantwortlich ist. In der Gegenwart richtet sich unser Kampf gegen die Reichsbankpolitik Schachts, der die Anlagen und Sportplätze in den Städten als Luxus bezeichnet und Anlagen für den Wohnungsbau verhindert, gegen die Wirtschaftspolitik des Bürgerblods, der die Besteuerung um 2½ Milliarden ermäßigt, Verbrauchssteuern aber nicht ermäßigen will. Wir kämpfen für die Ergänzung der politischen Demokratie durch die wirtschaftliche Demokratie, für die Erhebung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Die Wahlkämpfe in Deutschland, Frankreich und England sind Vorkämpfe der proletarischen Wählerbewegung; denn die Befreiung der Arbeiterklasse der Welt erfolgt in den Kulturzentren, nicht in Rußland, in den Kolonialländern oder in China und Indien. Deutschland hat das geschulteste Proletariat der Welt, darum tragen wir die Mitverantwortung der Befreiung der Arbeiterklasse der Welt.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Die erste Bezirksversammlung in diesem Jahre befaßte sich mit der Neuwahl des Vorstandes. Als Vorsteher wurde der Genosse Riese und als Stellvertreter Dr. Beeje (Dnal.) und Schulz (KPD.) gewählt. Die KPD. benutzte wie üblich auch diese Gelegenheit zu Angriffen auf unsere Partei. Bei der Umbenennung der Straßen und Plätze in Berlin-Mitte stimmten die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien gegen unsere Anträge und so wurde der Antrag, das Engelplatz in Begien-Promenade umzuwandern, abgelehnt. Angenommen wurde nur die Umbenennung des Gendarmenmarktes in Schillerplatz und die Bezeichnung August-Bebel-Straße für den Straßenzug Weimarer-, Rinz- und Alexanderstraße.

Die Redner unserer Fraktion, die Genossen Hoffmannsen und Brendel wiesen darauf hin, daß die Kommunisten wieder den Beweis erbracht haben, daß sie eine Politik im Sinne des Proletariats nicht treiben, sondern nur mit Phrasen operieren können. Die Versammlung nahm dann noch einige weitere Vorlagen sowie einen Dringlichkeitsantrag unserer Partei, welcher die Einrichtung eines Jugendheimes, Kinderhortes und Kindergartens verlangt, an.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksversordnetenversammlung am 18. Januar ging vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsteher, Gen. Kemnig, in längeren Ausführungen, die von der Versammlung lebhaft angehört wurden, auf das Explosionsunglück in der Landsberger Allee ein und ehrte in einem warm empfundenen Nachruf die Opfer dieses Unglücks. Dann wurde gemäß der Geschäftsordnung die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Zum Vorsteher wurde einstimmig unser Genosse Kemnig wiedergewählt. Dadurch, daß auch die Kommunisten für ihn gestimmt hatten, ergab sich eine glatte Wahl; der Gesamtvorstand wurde entsprechend unserem demokratischen Prinzip nach dem Stärkerenverhältnis der einzelnen Fraktionen zusammengesetzt. Als Versammlungstag wurde wieder der Mittwoch bestimmt. Gegen eine vom Magistrat geplante Errichtung eines Obdaches in der Landsberger Allee gegenüber dem Viehhof wurde energisch protestiert. Vom Genossen Streiner wurde darauf hingewiesen, daß im Bezirk bereits das größte Berliner Obdach vorhanden sei und daß kein Gelände des Bezirks mehr dem Wohnungsbau entzogen werden dürfe. Auch die Deputation für den Vieh- und Schlachthof habe bereits beim Magistrat dagegen die schwersten Bedenken erhoben. Ein hierzu von unserer Fraktion eingebrachter Dringlichkeitsantrag, der sich mit den gemachten Aus-

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit Sie pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Raudens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg. große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

fürungen und einer Vorlage des Bezirksamts deckt, und in dem das Bezirksamt ersucht wird, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Errichtung eines Obdachs an dieser Stelle zu verhindern, wurde angenommen. — Zwei Dringlichkeitsanträge der kommunistischen Fraktion, betr. das Explosionsunglück in der Sandberger Allee, wurden von den Antragstellern unter Hinweis auf die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen, gaben aber dem Bürgermeister Gen. Dr. Ostrowski Gelegenheit, kurz zu schildern, wie den Opfern des Unglücks geholfen wurde, und einen Punkt in einem Bericht der „Zeit am Abend“ vom 12. Januar richtigzustellen. In dem Bericht, in dem alles, was geschehen, anerkannt sei, sei aber gesagt: „Der Neubau in der Döder Straße wäre wohl für die durch das Unglück obdachlos Gewordenen zu schade.“ Hiergegen müsse er sich ganz entschieden wenden. Er stellte fest, daß schon acht Tage vor dem Unglück mit den neuen Mietern des Neubaus nötig rechtsgültige Verträge abgeschlossen gewesen seien, und daß von diesen Mietern aus zwingenden Gründen keiner hohe zurücktreten wolle. Dabei habe man die Gedanken sofort wieder fallen lassen müssen. Alle Familien seien aber in Wohnungen untergebracht, die ihnen zufügen. — Zwei andere Anträge der kommunistischen Fraktion über eine Verfüzung des Landes- und Erwerbsamts, wurden nach von unserem Genossen Stadtrat Rosemann abgegebenen Erklärungen als erledigt betrachtet bzw. abgelehnt.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der Bezirksversammlung am 25. Januar wurde als Vorsitzender der deutschnationale Dr. Jäger mit 17 Stimmen gewählt, auf unseren Genossen Bürgermeister entfielen 16 Stimmen. Den Ausschlag gaben die Demokraten unter Führung des Tiefbauunternehmers Dr. Wolf. Der jüdische „Demokrat“ Sabersky kam eigens zur Versammlung, um dem antisemitischen Studienrat Dr. Jäger zum Siege zu verhelfen. Sofort nach der Vorstandswahl verschwand er wieder. Das nennt man deutsche Treue! Die Tempelhofer Demokraten sehen immer noch deutschnationale und Volksparteier als eine Einheit an. Obwohl von unserem Genossen Gen. Dr. Jäger zum Siege zu verhelfen. Sofort nach der Vorstandswahl verschwand er wieder. Das nennt man deutsche Treue! Die Tempelhofer Demokraten sehen immer noch deutschnationale und Volksparteier als eine Einheit an. Obwohl von unserem Genossen Gen. Dr. Jäger zum Siege zu verhelfen. Sofort nach der Vorstandswahl verschwand er wieder. Das nennt man deutsche Treue!

Die sozialdemokratische ist die stärkste Fraktion, aber sie wurde um den ihr zustehenden Posten gepreßt. Nach diesem Gewaltstreich schreie die Linke einmütig ab, sich an den weiteren Vorstandswahlen zu beteiligen. 22 Punkte der Tagesordnung wurden ohne große Debatten erledigt. Ein Antrag der Rechten forderte eine Verkehrsverbesserung für Vichtenrade. Es wurde nämlich verlangt, an Stelle des seit dem 1. Januar verbesserten halbstündlichen Autobusverkehrs zwischen Mariendorf und Vichtenrade den „beschwerten“ Fahrplan von 1927 wieder einzuführen, der vormittags nur einstufigen Autobusverkehr vorsah! Sonderbar berührte es auch, daß ein deutschnationaler Bezirksverordneter aus Marienfelde den Ausbau einer Straße am Bahnhof Marienfelde verlangte. Die schon längst ausgebaut ist. Nach einer entsprechenden Versicherung durch das Bezirksamt zog er seinen Antrag zurück. Das nennt man Existenzminimum! Sehr erregt wurde die Debatte bei der Besprechung eines Abänderungsprojektes für den Volkspark Mariendorf. Obwohl die Stadtverordneten erst kürzlich beschlossen haben, an der Schaffung einer Dauertafel innerhalb des Volksparkprojektes festzuhalten und trotzdem dies dem Bezirksamt offiziell bekanntgegeben wurde, lag der Bezirksversammlung doch ein neues Projekt — das wieviel? — vor, mit der kategorischen schriftlichen bezirksamtlichen Erläuterung: „Die an Stelle des jetzigen Schwimmbadens projektierte Kleingartenbauanlage fällt fort!“ Die bei der Vorstandswahl so einigalogenannte „bürgerliche Fraktion“ zerfiel bei dieser Debatte in viele Klänge. Die Zerstückelung wurde durch unseren Genossen Braun hervorgerufen, der aus dem „Nachrichtenblatt der deutschnationalen Volkspartei“, Ortsgruppe Tempelhof — Schriftleiter: Bezirksverordneter Rechnungsdirektor Zimmermann vom Bezirksamt Tempelhof — folgende Entwürfe vorlas:

Wer weiß, daß die roten Freunde der Radkultur am anderen Teil des Volksparks — unmittelbar an der Chausseestraße — die Schwimmanlage einbauen wollten, die zu dem am hintersten Teil des Volksparks geplanten Wettspielfeld gehört? Nur um Radkultur an die Straße zu bringen!

Dabei weiß jedes Kind, daß dieses alte Projekt seinerzeit von allen Bezirksverordneten einstimmig angenommen wurde. Begründlich, daß jetzt niemand von der Rechten etwas von diesen Schreibübungen wissen wollte, besonders da Herr Zimmermann die Versammlung bereits verlassen hatte. Über alle trampschaligen Verteidigungsversuche der Rechten waren vergebens. Ihre jahrelang in dieser Frage betriebene Heuchelei konnten sie auch durch die längsten und salbungsvollsten Reden nicht aus der Welt schaffen. Das vorliegende Projekt wurde nur mit einer Stimme Mehrheit gegen die gesamte Linke angenommen.

14. Bezirk — Reutlingen.

Die Bezirksversammlung des Bezirks Reutlingen wählte am Mittwoch, 25. Januar, wiederum, und zwar einstimmig, unseren Genossen August Heilmann zum Vorsitzender der Versammlung. Die Kommunisten, die wie immer so auch diesmal beantragten, das Bureau nur von der linken Seite des Hauses zu besetzen, schlugen

Der „Vorwärts“
ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter!
Abonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtbelle“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Bücherwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“

in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus
(Monatlich 3 Mark, wöchentlich 70 Pfennig)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

_____ Hof — Quergebäude — Seitenflügel

_____ Tropfen links — rechts

bei _____

Kausgefillt einzufenden an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

auch dafür einen unserer Genossen vor, der sich aber schon für ein solches Anerbieten bedankte. Der ganze Wirrwarr kommunistischer Wahlakt kam bei der Auszählung der Stimmzettel für die Beisitzer zum Ausdruck. Eine Stimme erhielt der nach Sibirien verbannte Trocki, eine Stimme der Allmächtige Rußlands, Bäterchen Stalin. — Die so mit Wahlen belastete Versammlung bekam erst etwas Leben, als unser Genosse Achenbrenner sich für eine bessere Straßenreinigung einsetzte. Ganz besonders scharf wandte er sich gegen die Politik des deutschnationalen Stadtrats Jiebarth, der auf einen Zwischenruf von unserer Seite sagte, daß zwei Seelen in seiner Brust wohnen, nämlich die des Stadtverordneten und die des Stadtrats, mußte sich vom Genossen Achenbrenner legen lassen, daß er hier in Reutlingen als Stadtrat mehr Unterstützung verlange, in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin aber gegen jede Verbesserung der Straßenreinigung mit den Deutschnationalen stimme. Ganz besonders bemängelte unser Redner, daß die Reutlinger Straßenreinigung, in den Händen des deutschnationalen Stadtrats liegend, besonders die Gegenden der Märkte vernachlässigt. In der weiteren Verhandlung wehrte sich der Stadtrat mehr Unterstützung verlange, in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin aber gegen jede Verbesserung der Straßenreinigung mit den Deutschnationalen stimme. Ganz besonders bemängelte unser Redner, daß die Reutlinger Straßenreinigung, in den Händen des deutschnationalen Stadtrats liegend, besonders die Gegenden der Märkte vernachlässigt. In der weiteren Verhandlung wehrte sich der Stadtrat mehr Unterstützung verlange, in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin aber gegen jede Verbesserung der Straßenreinigung mit den Deutschnationalen stimme.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung Treptow wählte Gen. Strieder einstimmig zum Vorsteher wieder. Nach Erledigung der üblichen Wahlen nahm die Bezirksversammlung Stellung zu den als besonders dringlich bezeichneten Positionen im Voranschlag 1928. Gen. Demppert empfahl die Annahme dieser Vorlage und wünschte, daß sich alle Stadtverordneten, auch die, die gegen den Voranschlag 1928 gestimmt haben, für diese Anforderungen entscheiden. Als äußerst dringlich wurde von unserem Redner u. a. der Bau eines Feuerwehrgeschäftes an der Rudower Chaussee in Niederschöneweide bezeichnet. Die Straße 83 in Baumhulsenweg soll in „Sonnental“ und die Straße „Treptower Chaussee“ in „Treptower Allee“ umbenannt werden. Dem Erwerb einer Straßenlandfläche an der Rudower Chaussee in Berlin-Adlershof, sowie dem Bau eines Hauses für das in Berlin-Treptow belagene Gelände zwischen der Rinkof, der Kieholz, der Mörike- und der Frauenlobstraße wurde zugestimmt. Die Kommunisten beantragten die Bildung einer Kommission, die in Gemeinschaft mit der Baupolizei eine Kontrolle der Häuser nach Explosivstoffen ufm. vornehmen soll. Gen. Liederl begründete einen hierzu von uns gestellten Abänderungsantrag und wünschte, daß die Baupolizei von sich aus die Bauart der Häuser ufm. scharf beobachten möchte. Unser Antrag fand einstimmige Annahme.

16. Bezirk — Köpenick.

Die erste Bezirksverordnetenversammlung des neuen Jahres läßt den Schluß zu, daß die Kommunisten als Lotengründer jeder sachlichen Arbeit weiter wirken wollen. Die Wahl des Vorstandes war für sie Anlaß zu größten Beschimpfungen unserer Partei. Sie setzten Zettelwahl durch und zwangen so die Versammlung, Zeit zu ver-

trödeln. Kaffertisch hatte auch dieses Vorgehen nur des Erfolges, das von vornherein feststand: der alte Vorstand mit Genossen Poitz als Vorsteher wurde wiedergewählt. Nach Erledigung verschiedener Personalvorlagen und Forderung in Kommissionen und Deputationen befaßte sich die Versammlung mit einem Antrag unserer Fraktion, der Verkehrsverbesserungen im Bezirk und die kostentlose Zurverfügungstellung häuslicher Einrichtungen forderte. Beide Anträge wurden angenommen. Dann wurde der Erwerb eines Grundstücks in Köpenick, Alter Markt 1, beschlossen. Die Behandlung der Prüfung von Darlehensgesuchen der Hochwassergefährdeten im Grötel wurde nach den Beschlüssen unserer Fraktion in Stadtverordnetenskollegium beschlossen. Der Beschluß, eine Retektorstelle an der westlichen Samselshole in Köpenick einzurichten, wurde mit Mehrheit unter Stimmenhaltung der bürgerlichen Fraktionen gefaßt. Die durch das Verhalten der Kommunisten herbeigeführte Verzögerung der Arbeiten erzwang die Verlegung der Sitzung. Die Umbenennung der Straßennamen im Bezirk und die Gleichstellung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit denjenigen in der gehobenen Fürsorge konnten daher nicht erledigt werden.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die erste Bezirksversammlung in diesem Jahre brachte die Neuwahl des Vorstandes. Während in den letzten Jahren die Kommunisten stets gegen den Genossen Rohoff als ersten Vorsitzenden gestimmt hatten, stimmten sie diesmal für ihn, so daß er von der Bezirksversammlung einstimmig zum Vorsteher gewählt wurde. Trotzdem kritisierten die Kommunisten nach vollzogener Wahl die Geschäftsführung im verflochtenen Jahr. Da die Kommunisten die zweitstärkste Fraktion sind, erhielten sie den stellvertretenden Vorsteher gegen die Stimmen der Bürgerlichen. Den zweiten Stellvertreter und den ersten Beisitzer erhielten die Bürgerlichen. Zum zweiten Beisitzer wurde Genosse Bendtland wiedergewählt. Die ständigen Ausschüsse wurden in demselben Verhältnis wie im Vorjahr besetzt. Der Sitzungssaal bleibt wie bisher der Mittwoch, her Sitzungsanfang wurde um eine halbe Stunde später, also auf 18 Uhr, festgesetzt. Bei der Vorlage über die Enteignung eines Teiles des in Berlin-Lübars an der Platanenstraße und Oranienburger Chaussee belegenen Grundstücks wurde von unserer Fraktion der ungemein hohe Preis bemängelt.

Vogelschutz im Winter.

Das Vogelleben bietet uns jetzt viele anziehende Bilder. Gemeinliche Rot und Gefährte läßt die kleinen bei uns überwinterten Vögel sich zu Schwärmen vereinigen, um gemeinsam den Lücken des Winters zu trotzen, als wüßten sie, daß Einigkeit auch die Schwachen stark macht. Die sonst in Busch und Wald einsam lebenden Sänger ziehen sich, alle Scheu überwindend, im Winter doch hin, wo Menschen wohnen, als wollten sie sich in ihren Schutz begeben. Auch für den Großstädter, der in der Enge der Straßen sein Dasein fristet, hält die Vogelwelt ein wenig Freude bereit, wenn er nur sehen will. Schon das muntere Treiben der Sprünge macht Freude. In den Vororten kommen Finken, Meisen, Grünsingel, Gimpel und viele andere Arten in die Nähe der menschlichen Wohnungen. Biete ihnen zur Winterszeit ein gästliches Futterplättchen am Fenster und bald wirst du deine helle Freude haben an deinem Gästen! Streue ihnen nach Möglichkeit nur Körnerfutter. Vermeide Brotkrumen, da Brot bei kühler Witterung dem Vögel lebensgefährlich ist.

Stadtbaurat Dr.-Ing. Wegner ist vom 1. Februar bis 31. Februar 1928 beurlaubt. Die Vertretung übernehmen: für das Hochbauamt Magistratsoberbaurat Waidorf, für das Städtebauamt Magistratsoberbaurat Köppen, in der Magistratsinspektion Stadtrat Dugitz.

MORGEN



König-Str.
Ecke Kloster-Str.

NEU-ERÖFFNUNG!

Dotterdotz!